Einzelpreis 3.— Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70,— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen.
Fernsprecher Moabit 2021, Hansa 1970, 1971 und 1972.
Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Sonnabend, den 5. August 1922

5. Jahrg. Nummer 292

Die goldfarbene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 25,— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 4,— M., jedes weitere Wort 3,— M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16,— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 3,— M., jedes weitere Wort 2,— M.
Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Reparationsfrage vor dem englischen Parlament

Im englischen Unterhaus begann am Donnerstag eine Debatte über die Reparationen und die Möglichkeiten des Wiederaufbaues von Europa. Daß England gegenüber diesem Problem eine andere Stellung einnimmt als Frankreich, ist bekannt. Eröffnet wurde die Unterhausdebatte durch den englischen Schatzkanzler Sir Robert Hornes. Ueber die brennendste Frage, über die Frage: „Was nach Auffassung der englischen Regierung werden soll", konnte er aus politischen Gründen Positives nicht sagen. Dazu ist der Zusammentritt eines Gremiums der Alliierten notwendig. Am 7. August soll die Besprechung in London beginnen, an der neben Poincaré auch Vertreter Italiens, Belgiens und Japans teilnehmen sollen. Die englische Regierung wünscht für diese Verhandlungen freie Hand zu haben und nicht durch einen Beschluß des Parlaments gebunden zu sein. Aber das war nicht allein der Grund, weshalb der englische Schatzkanzler sich über den Standpunkt der englischen Regierung ausschwieg. Man will den Verhandlungen keine Schwierigkeiten bereiten.

Der englische Schatzkanzler

Sir Robert Hornes würdigte in seiner Rede eingehend die deutschen Leistungen für den Wiederaufbau. Er verfehlte auch nicht, darauf hinzuweisen, daß der Marksturz, der infolge des Mordes an Rathenau einsetzte, die deutsche Leistungsfähigkeit weiter gewaltig herabgedrückt hat. Er ließ auch erkennen, daß aus dieser Notlage das Gesuch auf Gewährung eines Moratoriums wohl zu verstehen sei. Auf Grund des Einblicks, den das Garantiekomitee in die deutschen Finanzen genommen habe, könne mit ziemlicher Bestimmtheit erklärt werden, daß die neuen Steuern entsprechend der erteilten Anweisung eingeführt, eine Erhöhung der früheren Steuern nicht angängig sei, dafür aber eine Zwangsanleihe von 70 Milliarden Papiermark ausgegeben werde. Der englische Schatzkanzler gab auch einen Ueberblick über die von Deutschland seit dem Waffenstillstand gemachten Leistungen. Der Bericht des WTB. bringt über diese Ausführungen folgendes:

Barzahlungen an die Reparationskommission 77 Millionen Pfund Sterling, örtliche Zahlungen 30 Millionen Pfund Sterling, zusammen 107 Millionen Pfund Sterling. Wert der ausgelieferten Schiffe und der Naturalleistungen 160 Millionen Pfund Sterling, Regierungseigentum im abgetretenen Gebiet (Polen, Danzig, Tschechoslowakei) 125 Millionen Pfund Sterling, Saarbergwerke etwa 23 Millionen Pfund Sterling, zusammen 415 Millionen Pfund Sterling; nicht eingerechnet seien die Gebiete, die an andere Staaten abgetreten wurden. Von diesen 415 Millionen Pfund Sterling habe Großbritannien 56 Millionen Pfund Sterling erhalten, die so gut wie ganz für die Besatzungsarmee verwendet seien. Die gegenwärtigen Kosten der britischen Besatzungsarmee seien aber auf zwei Millionen Pfund Sterling pro Jahr herabgesetzt worden. Was die Privatschulden betreffe, so gehörten diese nicht zum Konto Reparationen. Ihre Zahlung beeinflusse aber die Fähigkeit der deutschen Regierung, auswärtige Zahlungsmittel für die Reparationsleistungen zu finden. Bisher seien 38 Millionen Pfund Sterling eingegangen, wovon Großbritannien erhalten habe 22 Millionen, Frankreich 12 Millionen, Belgien 2½ Millionen. Noch zu bezahlen seien 35 Millionen, davon 12½ Millionen an Großbritannien.

In der französischen Presse wurde des öfteren zum Beweise für die Böswilligkeit Deutschlands auf die schnelle Zahlung der Kriegskontributionen nach dem Kriege 1870/71 durch die damalige französische Regierung hingewiesen. Sir Robert Hornes machte dagegen geltend, daß beide Fälle ganz verschieden liegen:

Erstens sei der französisch-preußische Krieg nur kurz gewesen, und Frankreichs auswärtige Bilanzen seien intakt geblieben, eine beträchtliche Summe, die Frankreich in ausländischen Kapitalien angelegt habe, sei unversehrt geblieben. Frankreich war imstande, seine Anleihen von anderen Ländern zu erhalten und habe tatsächlich während des genannten Zeitraums 71 Millionen Pfund Sterling aufgebracht. Vor allen Dingen habe Frankreich 1872 und 1873 eine sehr gute aktive Handelspolitik gehabt. Mit Deutschland stehe es in dieser Beziehung gerade umgekehrt. Der Krieg sei sehr lang und erschöpfend gewesen. In seinem Verlauf seien die auswärtigen Bilanzen und die Kapitalanlagen Deutschlands beschlagnahmt und durch den Friedensvertrag konfisziert worden, so daß Deutschland in dieser Hinsicht nichts mehr besitze. Seine Kapitalanlagen in neutralen Ländern seien durch Beschaffung von Lebensmitteln und Rohmaterialien während des Krieges so gut wie erschöpft gewesen. Die Bestimmungen über die Kapitalien hätten es Deutschland naturgemäß unmöglich gemacht, eine Anleihe aufzunehmen. Das sei aber noch nicht alles. Die Deutschland verbliebenen Geldquellen seien nach dem Krieg sehr in Anspruch genommen worden durch Reparationszwecke. Während des Krieges habe Deutschland alle Arten von Vorräten einschließlich Lebensmittel eingeführt. Das sei den Alliierten nie deutlich zum Bewußtsein gekommen, so daß sie Deutschland ermutigten, einen Teil seines Goldes zu verwenden, um Lebensmittel zu kaufen.

Auch auf die Kapitalflucht ging der englische Schatzkanzler ein. Sehr leicht sei es, einen Plan zur Verhinderung der Kapitalflucht zu verlangen, aber sehr schwer, ihn fertigzumachen. Die einzige wirkliche und wirksame Maßnahme zur Verminderung der Kapitalflucht bestehe darin, daß die Kapitalbesitzer in Deutschland zur Lage ihres Landes genügend Vertrauen erhalten. Seinerzeit hätten viele Leute in Deutschland befürchtet, daß die Mark noch mehr sinken werde, und deshalb ihre Kapitalien nach dem Auslande geschickt. Aber die Angaben über die Menge der ins Ausland verschobenen Kapitalien seien stark übertrieben. Sicher beliefen sie sich nicht auf über 100 Millionen Pfund Sterling.

Deutschland könne zweifellos eine beträchtliche Reparationssumme zahlen. Es wolle auch zahlen. Irgend eine Erklärung über die Richtlinien, die die britische Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen in London befolgen werde, könnte sehr leicht die Verhandlungen selbst nachteilig beeinflussen. Das Unterhaus werde auch der Meinung sein, daß die Regierung freie Hand haben müsse. England denke nicht daran, sich seinen Verpflichtungen gegenüber Amerika in irgend einer Form zu entziehen. Aber was England anderen schulde, habe es nicht für sich selbst aufgebracht, sondern für seine Alliierten. Die gegenseitige Annullierung der Kriegsschulden der Alliierten werde der erste Schritt sein zum Wiederaufbau der Welt. England dürfe auch die Lage seiner eigenen Bürger nicht vergessen. Die Schulden Englands seien pro Kopf seiner Bevölkerung größer als die der Vereinigten Staaten und Frankreichs. Es könne den britischen Steuerzahlern nicht zugemutet werden, alle die Lasten der Schulden und Kriegsschulden zu tragen. Es müsse aber unter allen Umständen alles mögliche getan werden.

Die Rede Hornes zeugt gewiß von großem Verständnis für die wirkliche Lage Europas, durch die es infolge des bodenlosen Kriegswahnsinns von 1914—18 hinabgedrückt wurde. Sie gibt auch deutlich zu erkennen, daß die englische Regierung bereit ist, auf Frankreich einzuwirken, daß es von seiner unmöglichen Politik gegenüber den Problemen der Gegenwart abläßt. Andererseits ließ weder seine Rede, noch die Rede des später zu Wort gekommenen englischen Premierministers Lloyd George einen Zweifel darüber, daß man ernstlich gewillt ist, aus Deutschland das irgend wie Mögliche herauszuholen.

Hierauf ergriff **Asquith** das Wort. Er sagte u. a., die Reparationen müßten auf ein notwendiges Maß herabgesetzt werden. Das Problem erfordere eine schnelle Regelung, andernfalls werde Deutschland mit schnellen Schritten dem Bankerott entgegengehen. Asquith schlug im weiteren Verlaufe seiner Rede im Unterhaus vor, daß England auf alle ihm geschuldeten Beträge verzichten solle. Ein solches Verfahren würde nicht edelmütig, sondern geschäftsklug sein. Wedgwood sagte, es würde keinen Zweck haben, die Schulden der Alliierten zu annullieren, wenn sie fortfahren Flugzeuge und Unterseeboote zu bewilligen, oder wenn die kostspielige Besetzung des Rheinlandes fortdauere. Der Arbeiterführer Thom Shaw verlangte, die Reparationssumme sollte dem tatsächlich angerichteten Materialschaden angepaßt werden. Lord Robert Cecil erklärte, die Lage Europas habe sich neuerdings immer mehr verschlechtert. Es sei ein grundlegender Fehler gewesen, die Reparationen als eine Strafe Deutschlands anstatt als eine Entschädigung für die Alliierten zu behandeln.

Hierauf ergriff

Lloyd George

das Wort. Er sagte, Asquith scheine den Standpunkt des britischen Steuerzahlers nicht zu verstehen. Er, Lloyd George, habe nicht den Wunsch, hierüber einen Streit anzufangen. Er sei durchaus bereit zuzugeben, daß die gegenwärtige Politik der Regierung und der Alliierten bezüglich der Reparationen erörtert werde. Lord Robert Cecil habe die Regierung zu einem kühnen Vorgehen ermahnt, habe aber nichts darüber verlauten lassen, worin dieses bestehen solle. Die Regierung sei in zwei Richtungen kritisiert worden. Erstens werde verlangt, daß sie sich Frankreich an die Seite stelle, und zweitens, daß sie Frankreich ermahne, nicht so hart auf Deutschland einzuwirken. Diese beiden Arten von Politik seien nicht vereinbar. Hier lägen die Schwierigkeiten in den Tatsachen. Die Lage sei so, daß es sich nicht um eine Verhandlung zwischen der britischen und der deutschen Regierung handele; es seien Verhandlungen mit vier Alliierten.

Man könne versuchen, eine Politik durchzudrücken, aber es werde ein Punkt kommen, wo nur die Wahl zwischen einem Kompromiß und einem Bruch bleibe.

Wenn die Leute, die von der Regierung eine kühne Politik verlangten, nicht den Rat geben wollten, zu brechen, dann hätten sie auch kein Recht zu sagen, die Regierung sei nicht kühn genug.

Das Memorandum, das er auf der Versailler Konferenz verteilt habe, sei von einem italienischen Staatsmann veröffentlicht worden. Er habe für diesen Schritt keine Verantwortung, aber das Memorandum stelle seine (Lloyd Georges) Auffassung und die der britischen Delegation dar. Es sei das Ergebnis sorgfältiger Erwägungen gewesen. Er wolle nicht behaupten, daß der Versailler Vertrag dieses Memorandum buchstäblich ausgeführt habe, aber es gebe noch andere Gesichtspunkte, nämlich die Auffassung Frankreichs, Belgiens, Italiens und der anderen Regierungen, die am Kriege beteiligt waren. Das beste wäre, alle diese verschiedenen Auffassungen miteinander in Einklang zu bringen.

Was die Forderung Lord Robert Cecils anbelange, daß von vornherein ein bestimmter Betrag für die Reparationszahlungen hätte festgesetzt werden sollen, so sei zu erwidern, daß es damals unmöglich gewesen sei, die angerichteten Schäden und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzusetzen. Man würde den Schaden, auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hin, zu hoch bewertet haben, weil damals gerade eine Hausse im Handel im Gange war, von der manche glaubten, sie würde andauern. Da es also unmöglich gewesen sei, einen bestimmten Betrag festzulegen, so sei eine unparteiische Kommission eingesetzt worden. Deutschland werde im Großen und Ganzen zugeben müssen, daß dieser Teil des Versailler Vertrages fair und unparteiisch von der Kommission zur Anwendung gebracht wurde. Die Kommission habe die einlaufenden Entschädigungsansprüche geprüft und Deutschland inzwischen aufgefordert, seine Angaben zu machen. Deutschland habe das nicht getan, auch nach Monaten nicht. Die Reparationskommission habe darauf ihre Beschlüsse gefaßt. Noch eins sei in Betracht zu ziehen: Damals habe es in Frankreich kein Ministerium gegeben, das in der Lage gewesen wäre, irgend eine vorgeschlagene Zahlung anzunehmen. Es sei zwecklos, bei solchen Dingen die politischen Tatsachen nicht in Rechnung zu ziehen. Clemenceau sei einer der mutigsten Staatsmänner, die jemals die Geschicke Frankreichs geleitet hätten. Er habe keine Furcht vor der Opposition gehabt. Selbst Clemenceau würde sich nicht bereit gefunden haben, zu jener Zeit der Kammer vorzuschlagen, irgendeine bestimmte Zahlung zu billigen, selbst eine solche, die von den französischen Staatsmännern als annehmbar erachtet worden wäre. Lloyd George sagte, er möchte betonen, daß die Reparationskommission nach dem Versailler Vertrag das Recht habe, zu erklären, Deutschland solle einen festgesetzten Betrag bezahlen. Wenn die Kommission ein Moratorium gewähre oder die Jahreszahlungen herabsetze, handele sie vollkommen entsprechend dem Vertrag.

Es sei zugegeben, daß ein zu harter Druck auf Deutschland nicht nur keine Reparationszahlungen einbringen werde, sondern auch die Gefahr in sich berge, daß Deutschland zur Verzweiflung getrieben werde. Ob es dabei in die Hände der Reaktionäre oder der Kommunisten geriete, bedeutete wenig Unterschied, bezahlen würde es dann nicht. Ein revolutionäres Deutschland in Mittelenropa sei etwas ganz anderes als ein revolutionäres Rußland. Die russische Bevölkerung sei in vieler Beziehung hilflos, sie könne nicht einmal eine gute Revolution machen. Es sei ein Segen für Europa gewesen, daß der erste Ausbruch des Kommunismus in Rußland erfolgt sei. In dieser Beziehung seien Lenin und Trotzki die Retter der Gesellschaft gewesen. (Heiterkeit.) Die Revolution in einem so wohl organisierten und gebildeten Lande wie Deutschland würde eine wirkliche Gefahr für die Welt bedeuten. Deshalb würde es in dieser Beziehung verkehrt sein, Deutschland über seine Leistungsfähigkeit hinaus zu drängen. Andererseits dürfe man aus Furcht vor dieser Gefahr auf eine faire und gerechte Forderung verzichten. (Beifall.) Deutschland wisse, daß es bezahlen müsse. Die Reparationszahlungen hätten nichts mit Bestrafung zu tun. Deutschland gleiche einem Privatmanne, der eine andere Partei vor Gericht gezogen, dieses Gericht selbst ausgewählt und seinen Prozeß verloren habe. Jetzt wolle die gewinnende Partei ihre Unkosten wiederhaben, das habe nichts mit Rache zu tun. Es sei aber falsch, in das andere Extrem zu fallen und Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu unterschätzen. Deutschland leide wie jedes andere Land unter der Tatsache, daß die Welt keinen Handel treiben könne; da sei es nicht die rechte Zeit, seine volle Zahlungsfähigkeit abzuschätzen. Man müsse an die Zukunft denken.

Deutschland sei durch die Entwertung der Mark seiner inneren Schuld so gut wie entledigt. In Deutschland werde also später folgende Lage sein: Es werde keine innere Schuld haben, eine äußere Schuld von einer bis anderthalb Milliarden, alle Fabriken intakt und neu ausgestattet, wozu die letzten drei Jahre der Inflation benutzt worden seien, wenn auch in hohem Maße auf Kosten der Arbeiter und des Mittelstandes. Lloyd George fuhr fort: Deutschland hat 60 Millionen tüchtige und geschulte Menschen. Die Zeit wird kommen, da die Welt sich wieder erholen wird, da die Arbeiten der Bevölkerung ihre Wunden geheilt haben. Die Verwirrung wird verschwinden, und die Welt wird genesen. **England muß sich davor hüten, daß es, wenn diese Zeit kommt, sich einem Deutschland mit 60 Millionen Menschen ohne innere Schuld gegenüber befindet und mit einer äußeren Schuld, die in einer Zeit der Depression festgesetzt worden ist, während England mit einer inneren Schuld von 7 Milliarden und der bekannten äußeren Schuld dasteht.** Deutschland kann nicht aus gefühlsmäßigen oder moralischen Gründen die Schuld von einer Milliarde erlassen werden, während England die Aufgabe hat, mit zwei großen Industriemächten in Konkurrenz zu treten.

Es ist alles zu verlieren, wenn man Deutschland zu weit treibt. Wenn wir zusammenkommen, werde ich wie bisher jedem Vorschlag Widerstand leisten, der die Wirkung haben

wird, die Auflösung Europas zu vergrößern. Aber ich muß betonen, ich bin dagegen, daß Großbritannien sagen soll: Diese Schwierigkeit muß auf Kosten Großbritanniens beseitigt werden. (Großer Beifall.)

Wir sind auf der Konferenz auf gleichem Fuß, wir sind sozusagen eine Zusammenkunft von Gläubigern eines Konzerns, der sich nicht für bankrott erklärt, aber sagt, daß er nicht bezahlen kann. Wir haben unsere Forderungen, Frankreich die seinen und Italien und Belgien die ihrigen. Aber diese müssen gleichmäßig behandelt werden. Wenn wir den Vorschlag machen, daß für den Augenblick ein Moratorium gewährt werden soll, oder daß für den Augenblick eine bestimmte Jahreszahlung festgesetzt wird, darf es nicht heißen: Wenn Ihr das tut, muß es auf Eure Kosten geschehen! (Beifall. Welche Milderung auch vorgenommen wird, es wird eine Milderung sein, die notwendig ist, sie wird im Interesse aller Beteiligten erfolgen. Es ist höchst schwierig, Menschen dazu zu bringen, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Aber ich hoffe, wir werden imstande sein, zusammen zu marschieren: Frankreich, Belgien und wir selbst.

Lloyd George schloß: Wir werden jede Forderung des verwüsteten Frankreich sympathisch erwägen. Großbritannien hat keinen Mangel an Sympathie für Frankreich und Belgien, aber wir sagen, daß der englische Steuerzahler nicht für immer die Lasten tragen und daß es nicht sagen soll, jeder muß fair behandelt werden außer unseren eigenen Bürgern. Wir wollen Deutschland fair behandeln, wir wollen Frankreich Gerechtigkeit gewähren, aber Gerechtigkeit heißt auch Gerechtigkeit gegen unser eigenes Volk (Beifall).

Montag Beginn der Londoner Konferenz

(EP.) London, 4. August. Poincaré wird in London Sonntag früh 7½ Uhr erwartet. In Downingstreet ist alles vorbereitet, damit die Unterredung Montag morgen beginnen kann. Außer Lloyd George wird Chamberlain der einzige Minister des englischen Kabinetts sein, der der Unterredung beiwohnt. Es ist aber möglich, daß auch Lord Balfour noch zugezogen werden wird. Außer Belgien und Italien wird wahrscheinlich auch Japan durch seinen Botschafter vertreten sein. Ueber die Dauer der Konferenz weiß man noch nichts bestimmtes. Lloyd George hat Vorkehrungen getroffen, sich während der ganzen nächsten Woche zur Verfügung der Konferenz zu halten. Er hat aber seine Ansicht noch nicht aufgegeben, an dem Nationalfest in Wales, das am 9. August beginnt, teilzunehmen. Man hofft in Downingstreet immer noch, daß die Konferenz in 2 bis 3 Tagen beendet sein wird.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail" meint, man könne hoffen, daß die Zusammenkunft die Aussichten auf eine große Konferenz eröffnen werde, an der auch Amerika teilnehmen würde, um über die Reparationsfrage und die interalliierten Schulden auf der Basis der Note Balfours zu regeln. Die Versammlung, die Ende des Monats in Washington über die Konsolidierung der englischen Schulden an Amerika stattfindet, könnte eine außergewöhnliche Bedeutung erlangen. Geddes, der englische Botschafter in Washington, der morgen nach New York abreist, wird der amerikanischen Regierung sehr wichtige Mitteilungen überbringen.

Amerika bleibt hart

(EP) London, 4. August. Nach einem Telegramm aus Washington haben die Vorschläge Lord Balfours über die Annullierung der interalliierten Schulden in offiziellen Kreisen eine sehr ungünstige Aufnahme gefunden. Die Beamten des amerikanischen Schatzministeriums erklärten, daß die Kommission für die Konsolidierung der interalliierten Schulden sich an ihren ursprünglichen Plan halten werden. Die Washingtoner Regierung werde niemals einen Plan, durch den Kriegsschulden allgemein aufgehoben würden, ernstere Beachtung schenken. Die Regierung sei der Ansicht, daß die Beschlüsse des amerikanischen Kongresses ihr nicht gestatten, irgendeine offizielle Erklärung über die interalliierten Kriegsschulden abzugeben. Die Regierung halte sich durch seine Beschlüsse für gebunden.

Henderson zur Balfour-Note

(EP.) London, 4. August. Arthur Henderson erklärte gestern in einer Rede, die er in Heywood hielt, die englische Arbeiterpartei genehmige die Note Balfours. Sie kritisiere aber, daß England für den Verzicht auf sein Guthaben den Verzicht Amerikas auf sein englisches Guthaben als Bedingung setzt. Es wäre besser, in das gute Urteilsvermögen der amerikanischen Nation Vertrauen zu haben, die früher oder später das englische Beispiel nachahmt hätte. Die englische Arbeiterpartei sei jeder Lösung in dieser Frage freundlich gesinnt, damit Europa nicht neuen Kriegsgefahren und der Notwendigkeit neuer Rüstungen ausgesetzt werde

Italien gegen Frankreichs Politik

(EP.) Paris, 4. August. Der italienische Botschafter, Graf Sforza, hatte gestern eine Unterredung mit Poincaré über den Standpunkt seiner Regierung zur Reparationsfrage. Das „Petit Journal" erklärt, daß die italienische Regierung an der Kompensationsfrage kein Interesse habe, da das italienische Guthaben gegenüber Deutschland durch die deutschen Guthaben in Italien ausgeglichen werde. Italien sei aber gegen alle Zwangsmaßnahmen, die nur den Sturz der Mark bezweckten. In der Frage des Moratoriums teile Italien die Haltung des englischen Kabinetts. In Bezug auf den griechisch-türkischen Konflikt befürchte die italienische Regierung Verwicklungen, an denen hauptsächlich die gegenwärtige Haltung der Regierung Griechenlands schuld sei.

Die unerfüllbaren Reparationen

(EE.) Paris, 4. August. Havas meldet aus Washington, daß die Funktionäre des Staatsdepartements der Ansicht sind, eine Verminderung der Reparationssumme, die Deutschland an Frankreich schuldet, sei unvermeidlich; denn sie sei viel zu hoch, um jemals bezahlt werden zu können.

Die erste Strafmaßnahme

(EE.) Paris, 4. August. Die „Information" erklärt, daß die erste Strafmaßnahme für die Nichterfüllung der Zahlungen des Ausgleichsverfahrens gegen Deutschland am Montag, den 7. August beginnen und in der Ausweisung von 150 Deutschen aus Elsaß-Lothringen und Beschlagnahme ihres Besitzes bestehen soll. Eine weitere Maßnahme soll in der folgenden Woche angewendet werden und eine noch einschneidendere weiterhin. Der „Temps" hingegen weiß zu melden, daß bereits Sonnabend nachmittag die ersten Strafmaßnahmen zur Ausführung kommen sollen. Im Gegensatz dazu behauptete der „Intersiacant", daß alle in Deutschland befürchteten Zwangsmittel, nämlich die Beschlagnahme der Zölle und von Privateigentum bloße Erfindungen seien; die französische Regierung habe ihre Absichten bisher noch nicht bekanntgegeben.

Die neue bayerische Regierung

Gestern vormittag erfolgte die Koalitionserweiterung in der bayerischen Regierung nach rechts. Sie setzt sich folgendermaßen zusammen: Bayerische Volkspartei mit 5 Ministersitzen, nämlich Ministerpräsidium, Aeußeres, Finanzen, Handel und Kultus; aus Bayerischer Mittelpartei und Deutscher Volkspartei mit 1 Ministerium, nämlich dem Landwirtschaftsministerium. Die Koalitionsparteien vereinigen 97 Mandate.

Damit ist Bayern zum Kahr-Pohner-Regime zurückgekehrt. Dieselben Parteien, mit denen Kahr regierte, werden fortan mit Lerchenfeld regieren. Oppositionsparteien sind die Demokraten, SPD., USP. und KPD. Wie es heißt, wollen die Demokraten „wohlwollende Neutralität" üben.

Ist der Witz der Demokraten, als politische Partei „neutral" zu sein, schon nicht übel, so werden sie noch von der „Deutschen Tageszeitung" übertroffen, die folgendes schreibt:

„Während in allen Staaten in Deutschland entweder rein sozialistische oder rotgesprenkelte Regierungen am Ruder sind, hat sich Bayern zuerst von allen Ländern wieder zu einer rein bürgerlichen Regierung und Koalition zurückgefunden, und zwar zu einer nach rechts erweiterten. **Das zeigt, daß in Bayern alles getan wird, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, und darum sollte man auch in Berlin den Schritt Bayerns gegen die Berliner Ausnahmegesetze verstehen.**"

Wir wissen zwar schon längst, daß die deutschnationalen Kreise unter „Ruhe und Ordnung" nur die Wiederherstellung der monarchistischen Politik verstehen. Aber daß damit „Ruhe und Ordnung" aufrechterhalten wird, ist eine ganz neue Erfindung des Agrarierblattes. Denn bekanntlich hat uns die monarchistische Politik Krieg, Not und Elend und schließlich den großen Zusammenbruch im November 1918 gebracht, was doch alles andere als „Ruhe und Ordnung" ist.

Die Kabinettsberatungen

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung ausschließlich mit den Reparationsfragen, insbesondere mit der letzten Note Englands. Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Meldungen, wonach der Reichskanzler irgendwelche Kundgebungen beabsichtigt oder nach denen die Absendung einer Antwortnote bevorstehen soll, werden von bestunterrichteter Seite mindestens für verfrüht bezeichnet. Die Beratungen des Reichskabinetts sind noch gar nicht zum Abschluß gekommen und werden fortgesetzt.

Lerchenfeld läßt sich Zeit

Die Ankunft des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld, die ursprünglich für den morgigen Sonnabend angekündigt war, wird sich verzögern. Wie uns mitgeteilt wird, ist seine Ankunft frühestens Sonntag, wahrscheinlich aber erst Montag zu erwarten.

Wo steht die Pfalz?

Der Stadtrat zu Ludwigshafen a. Rh. faßte in seiner Sitzung vom 1. August folgende Entschließung:

„Die bayerische Regierung hat mit Unterstützung der Mehrheit des bayerischen Landtages eine Verordnung erlassen, welche sich gegen die Durchführung der vom Reichstage verfassungsmäßig beschlossenen Gesetze zum Schutz der Republik richtet und dieselben unwirksam macht. **Der Stadtrat protestiert gegen dieses Vorgehen** der bayerischen Regierung und erwartet, daß diese die Verordnung umgehend wieder aufhebt! Sollte die Regierung diesem Ansinnen nicht stattgeben, wird von der Reichsregierung erwartet, daß diese mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Durchführung der Reichsgesetze in Bayern veranlaßt. **Die pfälzische Bevölkerung wird in dieser Frage unentwegt hinter der Reichsregierung stehen.** Für die Folgen, welche ein offener Konflikt zwischen Bayern und Reich herbeiführen müßte, trägt die bayerische Regierung allein die Verantwortung."

1 Dollar = 730 Mark

Am Donnerstag nachmittag war der Dollarkurs bereits auf 805 M. gestiegen. Auf die Ursachen haben wir wiederholt hingewiesen. Jetzt scheint die Rede des englischen Schatzkanzlers Sir Robert Hornes das Vertrauen zum Wiederaufkommen der deutschen Wirtschaft wieder etwas gehoben zu haben. Eine „herrliche" Weltordnung, die kapitalistische, die es ermöglicht, daß eine blindwütige Rote ganze Völker wie mit einem Schlage in Abgründe stürzt und ein Wort eines Schatzkanzlers eines weniger in Desperatopolitik machenden Landes sofort wieder eine, wenn auch kleine, Barriere aufrichtet. Schon morgen kann ein neues Donnerwort Poincarés die scheinbar etwas eingedämmte Gefahr vervielfachen. Immerhin eine herrliche Weltordnung, aber herrlich nur für die, die sich auf dem stürmischen Felde der Spekulation auskennen.

Die überparteiliche Volkspartei

Der Deutschen Volkspartei, dem Nachkömmling der früheren Nationalliberalen, genannt „Partei Drehscheibe", geht es gegenwärtig wie ihrer Stammutter: sie weiß nicht recht, ob sie für die Republik oder die Monarchie sein soll. Jetzt hat sie endlich ein Schlagwort gefunden, mit dem sie glaubt, ihre Zwiespältigkeit zu verdecken. Seit einiger Zeit mimt sie Ueberparteilichkeit. Davon hat vor einigen Tagen die „D. A. Z.", unter Leitung des „Sozialdemokraten" Lentsch, ein Liedlein gesungen, und jetzt folgt auch die „Nationalliberale Korrespondenz", der offizielle Pressedienst der Deutschen Volkspartei. Der preußische Landtagsabgeordnete Schiftan läßt sich darin folgendermaßen vernehmen:

Eine Regierung der Gewaltsamkeit könnte nicht dem inneren Frieden dienen; sie würde nur die Geschäfte der politischen Gegenspieler besorgen.

Darum sei den deutschen Regierenden gesagt:

Fühlet Euch als Vertreter der deutschen Gesamtheit, **und verletzet nicht die Gefühle derer, die ein anderes Ideal in bezug auf die heutige Staatsform haben, sofern sie ehrlich den zeitlichen Notwendigkeiten des Staates genügen.** Treibet keine Herrschaft der Gewaltsamkeit, auch wenn Ihr dazu gesetzmäßig berechtigt seid. Ihr würdet damit nicht dem inneren Frieden dienen. Suchet die Notgemeinschaft aller ehrlich denkenden Deutschen jeder Parteirichtung. **Wendet das scharfe Schwert des Gesetzes nur da an, wo es sich um die Staatserhaltung handelt. Erhebet Euch über die Politik, die in den staubigen** Wandelgängen und Arbeitsräumen der Parlamente gemacht wird. Sehet draußen die Praxis, des Wirtschaftslebens aufstrebenden Baum. Gehet voran, in Dingen des inneren Friedens des deutschen Volkslebens.

Nur schade, daß die nationalliberalen Stresemänner erst jetzt zu dieser Erkenntnis kommen. Vor dem Kriege und im Kriege, kurzum: dann, wenn es gegen links ging, hörte man's bekanntlich anders.

Im übrigen: was soll die Mahnung an die Regierung, die doch alles getan hat, um die Monarchisten zu schonen, die ganz offen den gegenwärtigen Staat unterminieren und ihn schon mehrmals zu stürzen versuchten. Die ganze „Ueberparteilichkeit" kann nach alledem nur den Zweck haben, auf keinen Fall den Anschluß an die Deutschnationalen zu verpassen.

Die Verordnung zum Schutze der Republik

Aufhebungen und Ergänzungen

Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hebt der Minister des Innern infolge Inkrafttretens des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik seine zu den Verordnungen des Reichspräsidenten ergangenen Bekanntmachungen vom 26. Juni 1922 auf. In der Bekanntmachung, in der diese Aufhebung des Näheren ausgeführt wird, weist der Minister darauf hin, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni über das Verbot bestimmter Versammlungen und die zu dieser Verordnung ergangene Bekanntmachung vom gleichen Tage, die das Preußische Ministerium des Innern herausgab, nicht aufgehoben sind. Zu den in dieser Bekanntmachung erlassenen einstweiligen Verbote von Regimentsfeiern und anderen Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile bemerkt der Minister in Ergänzung des zweiten Teiles seines Erlasses vom 15. Juli noch folgendes:

1. Solche Vereinigungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile, die wie der Bund deutscher Militäranwärter, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der Bund ehemaliger Kriegsgefangener, nicht wesentlich auf dem Grundsatze der Traditions- und Kameradschaftspflege beruhen, sondern in der Hauptsache die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer Mitglieder bezwecken, werden von dem Verbot ausgenommen.

2. Nur den Mitgliedern zugängliche Veranstaltungen rein gesellschaftlicher Art der Vereinigungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile gelten nicht als Versammlungen im Sinne meines Verbotes, sofern sie in gedeckten Räumen stattfinden.

3. Die geschlossene Teilnahme der Mitglieder solcher Vereinigungen an Feierlichkeiten anläßlich der Beerdigung von Mitgliedern kann von den Ortspolizeibehörden zugelassen werden, wenn hierbei Waffen nicht mitgeführt, schwarz-weiß-rote Abzeichen nicht gezeigt werden und auch sonst eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung infolge der Teilnahme der Vereinigung an der Beerdigungsfeierlichkeit nicht zu besorgen ist.

Von den Rathenaumördern

Die bürgerliche Presse Berlins berichtet, von den am Rathenaumord beteiligten Personen seien 15 so belastet, daß sie in Haft behalten werden müßten. Die übrigen Verhafteten seien freigelassen. Es heißt, die Freigelassenen wollten den Spieß umkehren und ihrerseits gegen das Berliner Polizeipräsidium Strafantrag wegen Amtsmißbrauchs stellen. Einige von ihnen hätten 17 Tage in Untersuchungshaft zubringen müssen, ehe sie dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden wären. Nun ist es gewiß bedauerlich, wenn unter den Verhafteten vereinzelt Unschuldige das Los der Verbrecher teilten. Das ist beim Rathenaumord jedoch nicht das erste Mal der Fall und niemand regt sich sonst über derartiges auf. Während des Krieges ist den Personen, die von der Kaiserregierung zu Tausenden in „Schutzhaft" genommen wurden, weit schlimmer mitgespielt worden. Man hat sie hungern lassen, hat sie geprügelt und in schlimmster Weise mißhandelt. Von deutschnationaler Seite ist gegen diese damals wiederholt im Reichstage zur Sprache gebrachte systematische Menschenquälerei nichts eingewendet worden. Die Herren sollten daher auch heute hübsch den Mund halten, zumal die meisten der Verhafteten doch wohl genau wußten, welchen Personen sie in den Rathenaumördern weiterhalfen. Jemand, der wegen Mangel an Beweisen laufen gelassen wird, hat wirklich kein Recht, sich hinterher zu entrüsten. —

Die Untersuchung gegen Techow soll nahezu abgeschlossen sein. Ob er wegen Mittäterschaft oder wegen Beihilfe zum Mord angeklagt wird, ist noch unentschieden.

Keine Auslieferung des Anarchisten Ghezzi

Die Auslieferungsfrage des hier verhafteten italienischen Anarchisten Ghezzi ist in ein neues Stadium getreten. Ghezzi wurde bekanntlich zusammen mit dem Italiener Boldrini wegen des Bombenattentats auf das Theater in Mailand verhaftet. Während Boldrini auf Verlangen der italienischen Regierung bereits ausgeliefert und auch in Mailand abgeurteilt worden ist, verzögerte sich die Auslieferung des Ghezzi. Nunmehr wird diese von den italienischen Behörden gegen Ghezzi nicht mehr wegen der Teilnahme an dem obenerwähnten Attentat, sondern nur wegen Teilnahme an einem verbrecherischen Komplott und wegen des Besitzes einer Handgranate betrieben. Von Justizrat Viktor Fränkl wird diesem Auslieferungsbegehren mit der Begründung entgegengetreten, daß es jetzt nicht mehr um ein reines Verbrechen, wie bei der Auslieferung Boldrinis, handele, sondern um ein politisches Vergehen, bezüglich dessen die Verfassung des Deutschen Reiches eine Auslieferung verbietet. Um die Angelegenheit noch klären zu können, ist von den deutschen Behörden in Italien um Ueberlassung der Protokolle des Boldrini-Prozesses gebeten worden. Inzwischen wird sich Ghezzi demnächst wegen eines Haftvergehens vor den hiesigen Gerichten zu verantworten haben.

Keine Einberufung des Reichstags. Wie aus amtlicher Mitteilung hervorgeht, hat die Besprechung der Fraktionsführer mit dem Reichskanzler am Mittwoch die Gewißheit darüber ergeben, daß sich in der Beurteilung der Lage alle Parteien mit der Regierung einig sind. Infolgedessen hält man es zurzeit nicht für notwendig, den Reichstag einzuberufen. Auch eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses kommt nicht in Frage.

Ein Brot 2400 Kronen. Von Montag ab wird in Wien der Preis für den Normallaib Brot 2400 Kronen betragen.

Bolschewistenjustiz

Die „Rote Fahne" hat einen Teil des Materials aus dem Pariser Archiv veröffentlicht, das von Agenten der monarchistischen Gegenspionage gestohlen und von ihnen der Gegenspionage der Sowjetregierung übermittelt wurde. Wir wissen nicht, was in diesen Dokumenten echt und was gefälscht ist. Diese Papiere haben eine Wanderung durch zu viel schmutzige Hände durchgemacht. Aber geben alle diese Dokumente, selbst wenn sie der Wahrheit entsprechen sollten, der „Roten Fahne" das Recht, die Köpfe der Gotz, Timofejeff und der anderen zu fordern, die in Moskau auf der Anklagebank sitzen? Geben sie der Klara Zetkin das Recht, durch blutrünstige Reden, die an die Moskauer Henker gerichtet sind, ihre grauen Haare mit Schmach zu bedecken?

In der von der Sowjetregierung herausgegebenen Schrift über dieses Material kommen Dutzende von Namen vor, aber kein einziges Mal auch nur ein einziger Name von einem der Moskauer Angeklagten. Und das ist auch sehr leicht begreiflich: alle in Frage kommenden Taten fallen in eine Zeit, wo Gotz und seine Freunde schon längst im Gefängnis saßen. Es sind dies alles Taten ausländischer Emigranten, die den Massen entfremdet und der Kontrolle der Partei entzogen waren, deren Zentralorgane in Rußland durch die Verfolgungen der Bolschewisten zerstört worden sind. Und nun sollen Goltz, Timofejeff, Donskoi und andere mit ihren Köpfen Handlungen verantworten, an denen sie nicht teilgenommen haben und auch nicht teilnehmen konnten? Und das soll kommunistische Justiz sein!

Aber noch mehr! Gotz und seine Genossen haben wiederholt öffentlich in Briefen, die sie aus dem Gefängnis schickten und die sie in der Parteipresse der Sozialrevolutionäre veröffentlichten, sich gegen neue Versuche eines bewaffneten Kampfes mit den Bolschewisten und gegen jede neue Intervention ausgesprochen. Und wenn das wahr sein sollte, was in den veröffentlichten Dokumenten auf das Konto nicht der Partei der Sozialrevolutionäre und nicht auf das ihrer ausländischen Delegation, sondern auf dasjenige eines „Parteilosen Administrativen Zentrums" gesetzt wird, so unterliegt es keinem Zweifel, daß Gotz und seine Freunde in der schärfsten Weise gegen eine solche Tätigkeit Stellung genommen hätten, wenn sie ihnen rechtzeitig bekannt geworden wäre und wenn sie die Möglichkeit gehabt hätten, frei aufzutreten. Die „Rote Fahne" und Klara Zetkin wissen wohl, daß sie den Tod der revolutionärsten Elemente der Partei der Sozialrevolutionäre verlangen, die fähig sind, das Abenteuertum zu bekämpfen, welches in gleichem Maße Eigenschaft der bolschewistischen Partei wie eines Teiles der Sozialrevolutionären Partei ist.

Indessen auch nach der Veröffentlichung dieser Dokumente würde das Todesurteil für Gotz und seine Freunde die größte Schmach sein für die Bolschewisten und für die Dritte Internationale, welche sich mit ihnen solidarisiert hat. Und auch nach der Veröffentlichung dieser Dokumente würde das internationale Proletariat nicht aufhören, die Henker zu brandmarken — und zwar nicht aus rein humanitären Erwägungen, sondern aus dem Grunde, weil eine blutige Rache für Taten, die bereits dem Gebiete der Geschichte angehören, einen neuen Keil in die Arbeiter- und Bauernmasse Rußlands treiben, von neuem schwere innere Kämpfe entfesseln und indem sie Revolutionäre vernichteten, den Boden für den schlimmsten Triumph der Konterrevolution bereiten würden.

Darum: Nieder mit der blutigen Rache, nieder mit Todesurteilen!

*

Krylenko — der Ankläger von der K. P. R. — forderte nach der „Roten Fahne" für die Angeklagten der ersten Gruppe — mit Ausnahme der Angeklagten Derf Utgoff und Zlobin — die Anwendung des höchsten Strafmaßes. — Das Revolutionstribunal ist ein Organ des Klassenkampfes (!!) der Arbeiterklasse, das gegen die Feinde des Proletariats gerichtet ist, und aus diesem Grunde kann es für die Angeklagten der ersten Gruppe, mit Ausnahme jener, die ich schon genannt habe, nur eine Strafe geben:

Den Tod durch Erschießen!

Die Schlußakkorde im Moskauer Prozeß

Man schreibt uns: In einem Brillantfeuerwerk von „Arbeiter"-Resolutionen, die auf den blutigen Akkord der Todesstrafenforderung abgestimmt sind, wickelt sich in rührendem Zusammenspiel der letzte Akt der tragischen Gerichtsfarce in Moskau ab. Klara Zetkin erhofft verschämt, daß das Tribunal die nötigen Mittel finden werde, um die russische Revolution ein für allemal vor den Sozialrevolutionären zu schützen. Krylenko, dem das Kains-Mal schon seit langem auf der Stirn eingebrannt ist, enthüllt die tiefere Bedeutung der feinsinnigen Zetkinschen Spekulation und fordert Menschenopfer für seinen Wahnsinnsgötzen, dem kommunistischen Moloch. Bucharin droht dem Tribunal mit dem Zorn des russischen Proletariats. Lunarischarski warnt vor der Popularität der Sozialrevolutionäre in den Volksmassen, und der Historiker Pokrowski endlich gefällt sich in offenkundiger Geschichtsfälschung und versucht, die unzähligen Protestresolutionen des Internationalen Proletariats durch das Märchen von den sozialrevolutionären bösen Buben, die in Wirklichkeit nicht Sozialisten wären, sondern Verschwörer der Bourgeoisie, abzufertigen. Das letzte Wort wird jedoch den Angeklagten und dem westeuropäischen Proletariat gehören.

Indes hat sich in den Spalten der kommunistischen Zeitungen ein bedeutsames Wortgeplänkel, vielleicht aber auch mehr als das, abgespielt. Die Berliner kommunistische Zeitung „Nakanune" spricht ganz unverbrämt dem Tribunal die Fähigkeit ab, ein objektives Urteil zustande zu bringen, da es den Boden der ruhigen Erforschung des Tatbestandes verlassen habe und zur Arena des politischen Kampfes geworden sei, wo sich beide Parteien, die durchaus nicht ungerechtfertigte Vorwürfe einander an den Kopf schleudern, so manche taktische Fehler begangen zu haben. Es sei eben noch zu früh, die Geschichte der letzten Jahre zu schreiben. Es wäre gewiß angebracht, daß die Sowjet-Regierung von neuem bestätige, daß auch von vornherein die Absicht bestanden habe, das Urteil des Tribunals zu mildern.

Die giftriefende Entgegnung der „Prawda" läßt die Berliner Zeitung trotzdem kalt und unbeirrt an ihrem Standpunkte festhalten. Der Vorsitzende des allrussischen Vollzugsrates Kalinin scheut sich nicht, in einer Unterhaltung mit dem Vorsitzenden des professionellen Verbandes der Metallarbeiter an verschiedenen Momenten der Gerichtsverhandlung eine abfällige Kritik zu üben. Es will fast scheinen, als wollten die leitenden Männer Moskaus im letzten Augenblick trotz alledem der Vernunft und der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen, als ob im allrussischen Vollzugsrat die Richtung Oberhand erhalten habe, die eine versöhnende Stellung ihren politischen Feinden gegenüber einnimmt.

Das westeuropäische Proletariat würde eine jede Wendung, die mit der Würde des Sozialismus vereinbar erscheint, nur freudig begrüßen. Ob diese Zeichen nicht trügen, muß abgewartet werden. Das Urteil wird wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Ein neuer Hölz-Prozeß?

Die Korrespondenz BS. meldet: Die Verteidiger des im Juni v. J. wegen Hochverrats in Tateinheit mit Totschlag und zahlreichen anderen Straftaten zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilten Bandenführers Max Hölz, Justizrat Viktor Fränkl-Berlin und Rechtsanwalt Hegewisch-Celle, betreiben augenblicklich das Wiederaufnahmeverfahren des Hölz-Prozesses, soweit die Tötung des Gutsbesitzers Heß in Frage kommt. Das Sondergericht war damals bekanntlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß Hölz den Gutsbesitzer Heß auf Rittergut Roitzschenburg in der Provinz Sachsen vorsätzlich, aber ohne Ueberlegung getötet habe. Die Verteidiger wollen nun auf Grund neuer Ermittelungen nachweisen, daß Hölz mit dem an den Gutsbesitzer verübten Totschlag überhaupt nichts zu tun gehabt habe, und daß somit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Höhe des Strafmaßes entfielen. Sollte es tatsächlich auf Grund der neuen Beweismomente zu einer Wiederaufnahme des Hölz-Prozesses kommen, dann wäre hierfür das Reichsgericht in Leipzig zuständig.

Die Lebenshaltungskosten

Die auf Grund der Erhebungen des Statistischen Reichsamts über die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juli auf 4990 gestiegen, gegenüber 3779 im Monat Juni. Die Steigerung ist diesmal außerordentlich groß. Sie beträgt 32 v. H. gegen 9,2 v. H. vom Mai auf Juni. Die Reichsindexziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juli auf 6636. Die Steigerung von 33,5 v. H. gegenüber dem Vormonat ist demnach nicht viel höher als die der Gesamtausgaben.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben die der Valutaverschlechterung ständig folgenden sprunghaften Preissteigerungen sämtlicher in die Erhebung einbezogenen Lebensbedürfnisse (mit Ausnahme der Wohnungsmiete) beigetragen, besonders auch die hohen Preise für Kartoffeln neuer Ernte. Der Fortschritt der Teuerung ist sowohl in den Großstädten wie in den mittleren und kleineren Städten wenig einheitlich; in keiner Erhebungsgemeinde ist indessen die Teuerung gegenüber dem Vormonat um weniger als 20 v. H. gestiegen.

Deutschnationale und Getreideumlage

Bekanntlich waren es die Deutschnationalen, die bei der letzten Getreideumlage sich als die Hüter und Beschützer der Bauern aufspielten und eine maßlose Hetze gegen die Befürworter der Umlage betrieben. Jetzt wird in dem Organ des Bayerischen Bauernbundes „Der Bündler", in Nr. 31, den Deutschnationalen folgendes ins Stammbuch geschrieben:

Wer ist denn der Vater der Getreideumlage? Sind es nicht die Führer des Bundes der Landwirte Dr. Rösicke und Freiherr v. Wangenheim, die im Jahre 1917 den Vorschlag machten, zur Abschaffung der Zwangswirtschaft eine Umlage einzuführen? Und waren es nicht Deutschnationale, die der ersten Umlage zur Annahme verhalfen?! Am 16. Juni 1921 wurde im Reichstage über die erste Umlage abgestimmt. Der Antrag, eine Umlage abzulehnen, wurde mit 158 gegen 170 Stimmen, also nur mit 12 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Wäre dieser Antrag angenommen worden, wäre die Umlage gefallen. Die Hauptsache bei dieser Abstimmung ist, daß von den Deutschnationalen, die der Bund der Landwirte als „seine" Partei betrachtet, 19 Mann fehlten, darunter der Landwirtebundführer Dr. Rösicke und der in Bayern so wohlbekannte Edler v. Braun, der zwar in Berlin wohnt, aber sich von den bayerischen Bauern auch wählen ließ. In Nr. 28 des „Bund der Landwirte" heißt es über die Abstimmung am 1. Juli 1922: „Geschlossen stimmte die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei dagegen. Geteilt waren die Bayerische Volkspartei, die Demokraten, das Zentrum und der Bayerische Bauernbund." **Verschwiegen wird, daß von den Deutschnationalen bei der Abstimmung 11 Mann und von der Deutschen Volkspartei 27 Mann gefehlt haben.** Warum wird diese Tatsache verschwiegen? Um den Bauern Sand in die Augen zu streuen!"

Der Bayerische Bauernbund vergißt nur eins: 1917 saßen die Deutschnationalen in der Regierung und waren mit verantwortlich für die Sicherstellung der Volksernährung. Heute hingegen, wo sie ausgeschifft sind, wollen sie sich an den jetzt Verantwortlichen durch eine unverantwortliche Opposition rächen und stimmen deshalb „grundsätzlich" gegen alles, was von der Republik kommt, selbst gegen Dinge, deren eigene Väter sie sind, wie bei der Getreideumlage.

Heiratserlaubnis für Schutzpolizeibeamte

Der preußische Minister des Innern Severing bestimmt, wie den P. P. R. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, in Erweiterung eines Erlasses von 1921, daß „auf Grund der nach dem Erlaß vom 24. Mai 1922 vorzunehmenden Umgestaltung der preußischen Polizei die Zahl der verheirateten, in den Einzeldienst überführten Beamten, die nicht in staatlichen Gebäuden untergebracht sind, nicht auf die Zahl der 20 vom Hundert verheirateten Stellen innerhalb der einzelnen Schutzpolizeikörper in Anrechnung kommt. Zu den Beamten des Einzeldienstes gehören auch technische Kraftfahr-, Beschlag-, Sanitäts- und Luftpolizeiüberwachungsbeamte sowie das Stammpersonal der Polizeischulen. Allen im Einzeldienst beschäftigten Beamten ist, unabhängig von jeder Prozentberechnung, die Heiratserlaubnis unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Erlasses vom 4. Mai 1920 zu erteilen."

Das Heiratsverbot der Schupobeamten ist überhaupt auf die Dauer unhaltbar. Polizeibeamte zu kasernieren, kann unmöglich dazu beitragen, mit der Psyche der Bevölkerung in genügenden Konnex zu kommen. Das aber ist erforderlich, wenn die Beamten befähigt werden sollen, ihrer Aufgabe in allen schwierigen Lagen vollauf gerecht zu werden.

Bericht des Garantiekomitees

(EP.) **Paris, 4. August.** Das Garantiekomitee hat der Reparationskommission den größten Teil eines Berichtes überreicht. Im Laufe des heutigen Tages oder spätestens morgen wird der letzte Teil des Berichtes fertiggestellt. Er wird dann sofort den interessierten Ländern übermittelt werden.

Stockholms Dagblad gegen Poincaré

Stockholm, 3. August. Zu Poincarés letzter Note und dem Sturz der Reichsmark schreibt Stockholms Dagblad: **Die Erfahrungen der letzten Tage sollten Poincaré über die Ursachen der Markverschlechterung belehren. Poincaré will nicht sehen, daß er selbst zu den wirksamsten Verderbern der deutschen Valuta gehört.** Jede Note Poincarés wird von den Börsen der ganzen Welt notiert. **Die Mark sinkt, so oft der Unversöhnliche spricht.** Nun steht die Krisis unmittelbar vor der Tür. Das nächste Wochenende wird vielleicht der Menschheit zeigen, daß die **französischen Heere im Namen der Zivilisation in ein wehrloses Land dringen, um das Gold zu erpressen, welches das verarmte Land nicht bezahlen kann.** Soll sich die Menschheit, die das Elend des Weltkrieges aus nächster Nähe erlebt hat, in diese Gewalttaten ohne Protest finden? Der Säbel des Marschalls Foch ist das Symbol für das Schicksal Frankreichs, das in den Krieg zog, um den Militarismus zu vernichten, und jetzt bereit steht, um im Namen des Friedens seine Waffen gegen Wehrlose zu richten.

Abbruch des Streik in Italien

(EP.) **Rom, 3. August. Der Geheime Streikausschuß der Arbeiterallianz hat den Abbruch des Generalstreiks bestätigt und fordert alle Verbände zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auf. Ebenso verkündet der allgemeine sozialistische Gewerkschaftsbund den Streikabbruch.**

(EP.) **Mailand,** 3. August. Der Industriellenverband hat beschlossen, morgen, Freitag, in allen Fabriken die Aussperrung vorzunehmen, da die Arbeiter heute mittag den Betrieb nicht wiederaufgenommen haben. An der Aussperrung nimmt die Metallindustrie nicht teil.

Faszisten-Diktatur

(EP.) **Mailand,** 4. August. Die Faszisten besetzten das Rathaus in Mailand und erklärten, das Rathaus nicht räumen zu wollen, bevor die Regierung sich verpflichte, an Stelle der Sozialisten einen außerordentlichen königlichen Kommissar für die Leitung der Stadtverwaltung von Mailand zu ernennen. Ein große Volksmenge unterstützte die Faszisten durch ihr Vorgehen gegen die Polizei und das Militär, das zum Schutze des Rathauses aufgeboten war. Auf dem Balkon des Rathauses wurde die Trikolore gehißt. Die sozialistischen Stadträte protestierten gegen die Besetzung, mußten jedoch unter dem Schutz einer Abteilung Faszisten abziehen. D'Annunzio, der aus seinem Hotel herangeholt wurde, hielt eine Ansprache. Der „Corriere della Sera" schreibt, daß der für die Dauer des Streiks zum Kommissar ernannte Graf Solli dauernd mit der Verwaltung betraut worden sei. Der Palast Tomarino bleibt von den Faszisten unter dem Kommando des Hauptmanns Formi besetzt.

Auflösung der italienischen Kammer

(EP.) **Mailand,** 4. August. Die „Idea Nacionale" meldet, **Ministerpräsident Facta habe vom König das Dekret zur Auflösung der Kammer verlangt.** Der „Popolo d'Italia" bestätigt die Nachricht.

Griechenland marschiert

(EP.) **London,** 4. August. Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte Lloyd George, daß trotz der Warnungen der Alliierten an Griechenland die griechische Armee in Thrazien weiter in der Richtung auf Konstantinopel vorrücke. Lloyd George fügte hinzu, daß wegen der unübersehbaren Folgen, welche eine Besetzung Konstantinopels durch die Griechen nach sich ziehen würden, die alliierten Regierungen die nötigen Maßnahmen ergriffen haben, um sich dem militärischen Plane zu widersetzen. Des weiteren erklärte Lloyd George, daß die Unterhandlungen für den Abschluß eines Friedens zwischen den Griechen und Türken noch immer im Gange seien.

Kommunistische Leichenschändung. — Die „Rote Fahne" druckt unter Groß-Berlin zum Zwecke ihrer Hetzpolitik die Erklärung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ab unter der Ueberschrift Hugo Haase (Soz. Fraktion). Sie verschweigt natürlich, daß unser Genosse Haase nur unter dem Zwange der Fraktion die Erklärung verlas, selbst aber Gegner der Bewilligung war. Spekulieren die Kommunisten darauf, daß unser toter Führer sich nicht mehr wehren kann oder haben die Jünglinge in der „Roten Fahne" von den Vorgängen am 4. August keinen Schimmer? — Sie sollten sich dann wenigstens bei dem Kriegsberichterstatter Düwell erkundigen, der ganz begeistert für Krieg und Kriegskredite war und offenbar deshalb jetzt in der Redaktion der „Roten Fahne" sitzt.

Die russische Vertretung in Berlin. Der bevollmächtigte Vertreter der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik Krestinski hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Herr Stefan Bratmann-Brodowski die Geschäfte der bevollmächtigten Vertretung.

Etwas ganz delikates

sind

Faden- u. Figuren-Nudeln

Sie geben rasch und billig appetitreizende und doch nahrhafte Suppen. Auch als Auflauf, Pudding mit oder ohne Obst eine köstl. Speise.

Wiener Mehl
Auszug-Mehl
ff. Weizen-Mehl
Roggen-Mehl
und
Backware

Ed. Goldacker

aus Eigener Dampfmühle u. Bäckerei.

Centrale: Brunnenstr. 129-30.
Telf. Humboldt 5813-14

28 Filialen in allen Stadteilen.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 6½ Uhr: Die Walküre

Staats-Theater Schauspielhaus 7½ Uhr: Die beiden Nachtigallen. Operettengastspiel

Deutsches Theater 7½ Uhr: Potzausch und Perlmutter

Kammerspiele 7½ Uhr: Der Raub der Sabinerinnen

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr: Die Maschinenstürmer

Theater in der Königgrätzer Str. 8 Uhr: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler.

Komödienhaus Tg. 8 U.: „Gretchen"

Berliner Theater 7.45 Uhr: Madame Flirt

Theater am Nollendorfplatz jed. Abend 7½ Uhr: Elite-Sänger. Volkspreise!

Rotter-Bühnen Täglich 8 Uhr: Residenz-Theater: Fedora. Trianon-Theater: Eine Frau ohne Bedeutung. Theater am Nollendorfplatz 7¼ Uhr: Verliebte Leute. Theater des Ostens 8 Uhr: Konzert, 7½ Uhr: Burns Erni. Walhalla-Theater 7½ Uhr: Er und seine Schwester. Kasino-Theater. Eröffnung 11. August: Lämmelmanns Bummelfahrt.

Behrenstr. 54 8¼ Uhr: Das große August-Programm!

Tüchtige
Putz-Garniererinnen
Putz-Zuarbeiterinnen
sofort gesucht.
Meldungen: 1—2 Uhr mittags
5—6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Brunnenstraße 19-21.

Platin-, Gold- u. Silberbruch
Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe sowie sämtl. Altmetalle kauft zu Engrospreisen
Roseneck, Berlin O.,
Schreinerstraße 52 (Laden)
1 Min. v. Bhf. Frankf. Allee. Fauergeldverg. Gr. Absatzg. f. Händler.

Metall Osten
zahlt Tagespreise f.
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Fahrradschläuche 95, 120, 150 M.
Luftschläuche 25, 35, 45 M.
Versand nach auswärts. Sagan Sozialist, Berlin, Badstr. 13.

Flaschen, Lumpen,
Knochen, Zeitungspapier, Altmetalle, kauft
Grünthalerstraße 89.
— Für Händler Extrapreise. —

Von 1-3 geschlossen
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882
nur Oranienstr. 158
Unterhalte nirgends Filialen!
Noch reiches Lager
Sofa-Teppiche 525 bis 1950 M.
Salon-Teppiche 1350 bis 16500 M.
Saal-Teppiche 8750 bis 56500 M.
Brücken (Perser-Muster)
350, 675, 1085 bis 25000 M.
Teppich-Belagstoffe, Möbelstoffe, Gardinen, Stores, Bett- und Steppdecken, Tisch- und Diwandecken, Schlaf- und Reisedecken usw.
Eine Anzahl Teppiche mit Fehlern!

Sämtliche Metalle
kauft von Gewerbetreibenden, Händlern und Fabriken
Schulzendorferstr. 2.

Altmetalle
zahlt hohe Preise. Eberbe gerStr. 1, Reinickendorfer Str. 107

Gold, Silber, Platin
Zahnungen kg 18 Mk.
Flaschen bis 12 Mk.
kauft Schütt, Kyffhäuserstrasse 5, nahe Winterfeldpl.

Packerinnen
tüchtige, zum Einpacken und Kontrollieren der Waren an unseren Kassen sofort gesucht.
Meldungen: 1—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Straße 1/2.

Die besten und billigsten Taschenuhren v. 280.- M. an liefert
Uhren-Klose Berlin S, Zossener Str. 8
Preisliste gratis.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.

Bekanntmachung!

Die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten im Ausschuß werden hiermit zu der am

Freitag, den 11. August 1922, abends 7 Uhr,

im Wirtshaus „Albrechtshof", Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 1 a, „Oberlichtsaal" stattfindenden

außerordentlichen Ausschußsitzung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Satzungsänderung.
2. Verschiedenes.

Berlin-Steglitz, 3. August 1922.

Der Vorstand.
Stehr, Vorsitzender.

Zum Sinnofhm
bietet Süßstoff allerbeste Dienste. Er ist völlig rein ohne Nebengeschmack, bequem zu verwenden, billig und bekömmlich. Eine H-Packung 1,20 M. entspricht der Süßkraft von 1 Pfund Zucker.
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Tüchtige branchekundige
Verkäuferinnen
für
Seidenband
sofort gesucht.
Meldungen: 1—2 Uhr mittags
5—6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Kottbuser Damm 1.

Einzelne Möbel
in Nußbaum und Eiche sow. kompl. Schlaf- und Wohnzimmer, Betten, Umbauten, Kühlschränken, weiße u. farbige
Küchen
zu niedr. Preisen und auf bequeme Teilzahlung
Grebler
Weinbergsweg 4
am Rosenthal. Tor

Westall 50, Saba, Jano, Moslem, Salem, Pico, Bülowstr. 94, I.

„Arbeiter-Sport"

Wochenschrift zur Förderung der Sportbewegung in Arbeiterkreisen. Publikationsorgan des Kartell-Verbandes Groß-Berlin und des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes.

Der „Arbeiter-Sport" vertritt die Interessen des revolutionären Arbeitersportlers. Er will nicht nur Sportzeitung, sondern gleichzeitig auch Kampforgan sein. Der „Arbeiter-Sport" wirkt in dem Bewußtsein, daß der Arbeitersportler ein tätiges Mitglied der proletarischen Kämpferschar sein muß. Der „Arbeiter-Sport" wendet sich gegen alle bürgerlichen Sportorganisationen und gegen die, die durch Neutralitätsbestrebungen des Sportes zur Verflachung des politischen Kampfes die Hand reichen. Er fördert den Sport, dessen Wahlspruch lautet:

„Unsere Aufgabe ist, dem revolutionären Proletariat an Körper und Geist gestählte Kämpfer heranzubilden."

Jeder klassenbewußte Arbeitersportler liest den „Arbeiter-Sport". Er ist das einzigste Organ, welches seine Interessen wahrnimmt.

Verlag des „Arbeiter-Sport"
Berlin SO 16, Köpenicker Straße 108.

Werbt für unser Blatt!

Zum Prozeß gegen die Konterrevolution in Rußland

G. LELEWITSCH:
Die Konstituante von Samara. (Ein Beitrag zur »Humanität« u. »Demokratie« der Partei der Sozialrevolutionäre.)
Preis Mark 25.—.

G. SSEMJONOW (WASSILJEW):
Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917 bis 1918 (ihre Kampftätigkeit u. militärischen Aktionen).
Preis Mark 4.50.

W. KNJASEW:
W. Wolodarski. Preis Mark 35.—.

N. MESCHTSCHERJAKOW:
Das menschewistische Georgien. (Anmerkungen zur Broschüre Kautskys über Georgien.)
Preis Mark 1.50.

N. MESCHTSCHERJAKOW:
Der Terror der georgischen Menschewiki.
Preis Mark 20.—.

L. TROTZKI:
Zwischen Imperialismus und Revolution. Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens.
Preis Mark 35.—, geb. Mark 45.—.

L. WARDIN:
Die Partei der Menschewiki in der russischen Revolution.
Preis Mark 6.—.

RUSSISCHE KORRESPONDENZ
Nr. 4-5 des dritten Jahrganges mit Aufsätzen über die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.
Preis Mark 45.—.

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!

W. BYSTRANSKY:
Menschewiki und Sozialrevolutionäre.
Preis Mark 60.—.

Ausführliche Prospekte auf Verlangen.

Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamb. 8

Stockaternen
mit Stock von 2 Mark an. Lampions billig. Papierguirlanden von 50 Pf. an. Vereinsbedarf, Feuerwerks-Sortiments 10, 15 bis 100 Mk. u. höher. Zeugnisse.
A. Maas & Co., Berlin, Markgrafenstr. 84, an der Linienstraße. 9-6 Uhr. Telephon: Dönhoff 2072.

Vorzügliche Küche, wohlgepflegte Biere bei Musik u. Gesang
bietet das
Heim d. Berliner Arbeiterschaft
„Gewerkschaftshaus"
Engel-Ufer 25

Meine Herren!
Einen wirklich guten Anzug, Mantel oder Hose kaufen Sie zu weit rückständigen Preisen. Große Auswahl, Gelegenheiten der Bekleidungsindustrie.
Alexandrinenstraße 116, Hochbahnstation Prinzenstraße.
Fahrtvergütung.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Hosen für jedermann, für jeden Zweck, für jede Gelegenheit i. größter Auswahl, zu niedrigsten Preisen. München-Gladbacher Hosen-Zentrale, Strausberger Straße 12, zwischen Strausberger Platz u. Palisadenstraße. Fahrtvergütung.

Anzüge. Sommerpaletots, Sommerschlüpfer, Cover-coats, Cutaways, Gebrauchsanzüge, Gummimäntel, Hosen jetzt fünfzig Prozent billiger. Friedensstoffe. — Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten jetzt zu spottbilligen Sommerpreisen. (Keine Lombardware). Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 208/4. Ecke Rosenthaler Str.

Pelzwaren! trotz enormer Preissteigerung bald umsonst! Massenauswahl Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Pelzjacken! Pelzverleih, Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, Ausk. Eingang von Neuheiten, Leiser Gottlieb, Rollendorfstraße 22a, 2. Etage, Höhe Rollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Moden und Ersatz für Maßverarbeitung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Einmalig erregend! Kreuzfüchse! Silberfüchse! Rotfüchse! Alaskafüchse! Zobelfüchse! Opossum! Wölfe! Skunkse! Riesenauswahl! Jubiläumspreise! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus Barschauer Straße 7. Nur neue, keine Pfandwaren!

3000 Anzüge. Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sommerjacken, Damenmäntel, Pelzkragen, Wäsche usw. gelangen täglich bekannt billig zum Verkauf. Fahrtvergütung. Leihhaus Bogdanerstraße 47.

Pelzwaren - Gelegenheitskäufe. Füchse und Felle aller Art enorm billig. Spitzer, Kommandantenstraße 28 II.

Bettwäsche billig! Unsere Angebote, durch frühzeitige Einkäufe staunend billig. Bettbezüge 275, 320, 395, 450, Bettlaken 188 an. Federdichte Inlette, prima Ueberschlaglaken 675, Paradekissen, Damast, Tamast, Bettfedern, Daunen, Handtücher, bekanntlich gute Qualitäten, allerbilligst. Fensterware unter Selbstkosten. Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten, größeren Rabatt. Stampe u. Jäger, größte Bettwäsche-Spezialfabrik, Kottbuserdamm dreiundsiebzig. Landsberger Straße achtundsiebzig.

Möbel

Möbelhaus Rehfeld, Badstr. 34. Gelegenheitskäufe in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelmöbel, neu und gebraucht. Stube und Küche, 16 Teile 8550 M., nur solange Vorrat.

Chaiselongues 525, Metallbetten 500, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen. Meicke, Auguststr. 33a, Quergeb.

Küchen, moderne, mit und ohne Kurichte, lackiert, lasiert, reb. enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Kaufgesuche

Pistolen und Preßluftgewehre kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstraße 50.

Fahrräder

Fahrradgummi Günstige Bezugsquelle Schläuche, Weinmeisterstraße vier.

Fahrradankauf Linienstr. 19.

Fahrradankauf höchstzahlend, Brückner, Gitschiner Straße 78.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Spiralbohrer, Fellen, Maschinenschrauben, Kugel, Bohmannstr. 22.

Verschiedenes

Hierdurch erkläre ich, daß ich meine Verlobung mit Frl. Anna-Marie Schubert aus Ober-Ingelheim a. Rh. bereits am 10. Juni 1922 aufgehoben habe.
Karl Rhenbrold.
Berlin.

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen, einen Abonnenten zu gewinnen!

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Unterzeichneter bestellt hiermit vom _____
1 Exemplar der einmal täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit"

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit den
Unterhaltungsbeil. „Freie Welt", „Frauenwelt" u. „Jugend-Genosse"
zum Preise von monatlich 70.—, halbmonatlich 35.— Mk.
bei freier Zustellung ins Haus.

Name: _____

Ort: _____ Straße: _____ Nr. _____

(Name deutlich schreiben, Adresse genau ausfüllen: vorn, Hof, Stil, Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Speditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin NW, Kronprinzen-Ufer 27 I, im Kuvert als Drucksache einzusenden.

Die Internationale der Reaktion

Mussolini, der Faszistenhäuptling, übt im italienischen Parlament unverfroren seinen Terror aus. In der gleichen Tonart, mehr oder weniger schrill, klingt es aus Frankreich und Deutschland, aus Ungarn, Polen und Rumänien herüber. Die moderne Reaktion ist eine internationale Erscheinung; ja sogar mehr als das. Wie aus dem Polizeimaterial des Rathenaumordes hervorgeht, laufen die Fäden der verschiedensten reaktionären Organisationen in München zusammen. Hier berühren sich die maßgebenden Führer des „Stahlhelm“, des „Heroldbundes“, der „C-Organisation“ usw. mit den russischen Monarchisten, und, wie beim Lichte des Erzbergerattentats zutage trat, mit dem „erwachenden Ungarn“. Die moderne Reaktion ist nicht allein eine internationale Erscheinung, sondern auch eine internationale Organisation.

Merkwürdig ist die Kühnheit, mit der die Reaktionäre der verschiedenen Länder auftreten. Am blutdürstigsten und verwegensten sind heute die italienischen Faszisten. Durch Dick und Dünn zwingen sie die ihnen nicht zu Gesicht stehenden sozialistischen Stadträte zum Rücktritt, wühlen die Arbeitskammern auf und hintern die Vertreter der Arbeiterschaft an ihrem Erscheinen auf nationalen Zusammenkünften und Kongressen. So zeigten sich auch die deutschvölkischen „Patrioten“ bis zu den allerletzten Zeiten nicht schamhafter als etwa die Helden des Horthyschen Regimes.

Jedoch nicht allein die Erscheinungsformen der modernen Reaktion sind sich durch ganz Europa ähnlich, sondern auch die sozialen Ursachen, auf die die mitteleuropäische Reaktion zurückzuführen ist, stimmen in all diesen Ländern auffallend miteinander überein.

Die Masse der Reaktionäre setzt sich aus den Schiffbrüchigen des Weltkrieges, aus gewesenen Offizieren, aus „abgerüsteten“ aber sich dem friedlichen Arbeitsleben nicht anpassen könnenden Existenzen zusammen, und zwar in Italien sowohl wie in Deutschland und Bayern, in Oesterreich und Ungarn. Das Lager der ihrer Stellen verlustig gewordenen Offiziere wird in den letzteren Ländern noch durch den großen Haufen stellenloser Beamten vermehrt.

Diese Desperados der Gesellschaft könnten jedoch nicht zu sozialer Macht gelangen, wenn sie nicht die Sympathien eines beträchtlichen Teiles der intellektuellen Schichten sowie die materielle Unterstützung des von der Arbeiterschaft bedrohten Großkapitals und insbesondere des Großgrundbesitzes hinter sich fänden.

In den Ländern, wo die Intelligenz ihre Machtstellung durch den wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse bedroht sah, richtet sie sich zum großen Teil gegen die Arbeiterschaft und den Sozialismus. Mehr noch als die steigenden Löhne der Arbeiterschaft, deren Erhöhung doch eigentlich nur Schein ist, wird die in Haß umschlagende Konkurrenzwut der Intelligenz durch die Steigerung der sozialen Macht und des Prestiges der Arbeiterschaft gereizt. Und da diese Erscheinungen sich in den besiegten Ländern und bei den Siegerstaaten zeigen, die gleich Italien in vielem das Los der Besiegten teilen, darum erhebt die moderne Reaktion in erster Linie nicht in England und in Frankreich ihr Haupt, wo die Autorität der alten Mächte vergleichsweise weniger erschüttert ist, sondern in Deutschland, Italien und Ungarn.

Hinzu tritt der wirtschaftliche Verfall dieser Klassen. In interessanten Bemerkungen weist die englische „Nation“ auf diesen Zusammenhang hin. „Die Sittenverwilderung der Junkerklasse, — so führt sie aus — ist ohne Zweifel gleich den Brutalitäten der Faszisten and Black — and Tans (die Faszisten der irischen Revolution) ein Ueberbleibsel der Kriegsmoral. Doch die maßlose Erbitterung dieser Junker hat noch eine andere Quelle. Sie leiden auch in eigener Person unter der allgemeinen Verarmung. Man kann wohl sagen, daß die deutsche Arbeiterklasse auf die Hälfte ihres Vorkriegseinkommens, gemessen an seiner Kaufkraft, gesetzt ist. Die Mittelklasse jedoch und insbesondere die Beamten sind auf der sozialökonomischen Stufenleiter verhältnismäßig viel tiefer heruntergeglitten. Die Studentenschaft, die die meisten der aktiven Verschwörer angehören, sahen ihre Laufbahn durch den Friedensvertrag versperrt. Viele von ihnen wären gern Berufsoffiziere geworden und andere hätten in den deutschen Kolonien oder in den zahlreichen überseeischen Geschäftshäusern und Unternehmungen, die während des Krieges aufgehoben wurden, ihren Platz gefunden. Der Frieden hat für diese Klasse den Ruin bedeutet, und so wünschenswert es ist, daß ihnen eine große Armee nicht mehr offen steht, so kann es andererseits doch nicht als Gewinn für die Welt angesehen werden, daß ihnen andere nützliche Laufbahnen verschlossen sind. Hinter diesen jungen Menschen, die an der Schwelle des Lebens stehen, steht die viel beklagenswertere Klasse der Bejahrten, ihrer Eltern oder Verwandten, deren monatliche Pensionen in dem entwerteten Geld kaum den Bedarf eines Tages zu decken vermögen. Der Hunger der Blockadejahre machte aus der mitteleuropäischen Arbeiterschaft eine umwälzende Kraft. Das langsame schleichende Elend der Beamten und eines Teiles der erwerbenden Schicht erzeugt genau die gleiche Verzweiflung nur mit dem Unterschied, daß sie nach der Rückkehr der guten alten Zeit verlangt. Diese Klasse beschuldigt nicht ihre eigenen Führer für den Krieg. Sie beschuldigt die Zivilisten des Hinterlandes, die an der Schwelle des fünften Kriegswinters umfielen. Sie beschuldigt die Linke, die sich von den 14 Punkten Wilsons täuschen ließ. Jedoch vor allem anderen beschuldigt sie die republikanischen Parteien, die in ihrer Ohnmacht der Ausführung des Versailler Vertrages zugestimmt haben.

Die Kühnheit der Reaktion wäre unverständlich, wenn sie nicht auf die wohlgesinnte Unterstützung der Behörden rechnen könnte. In Italien steht das Militär und die Bürokratie den Faszisten sehr sympathisch gegenüber. In Deutschland haben die Mordpatrioten allseits, von der Polizei angefangen bis zu den höchsten Funktionären der Gerichtsbarkeit, verständnisvolles Entgegenkommen, aktiven und passiven Beistand gefunden. Die moralische Unterstützung eines Teils der herrschenden Klasse wird durch die materielle Unterstützung des anderen ergänzt. In Italien und Deutschland fließen auf dem Wege freiwilliger Spenden riesige Summen in die Kassen der reaktionären Organisationen. Das Großkapital und mehr noch der Großgrundbesitz hat die bewaffneten Konterrevolutionäre in seinen Sold genommen. Der italienische Großgrundbesitz verwendet Faszisten zur Erdrosselung der Arbeitergenossenschaften und der Gewerkschaftsbewegung. In Deutschland leben die verschiedensten deutschvölkischen Organisationen, so z. B. die Roßbach-Arbeitsgemeinschaft davon, daß sie auf Geheiß der Gutsbesitzer die streikenden Landarbeiter mit Knüppeln bearbeiten, wofür sie mit Geld, Wein, Zigaretten, Schinken usw. belohnt werden. Die herrschende Schicht in Ungarn hat es stets verstanden, sich die für ihre eigene Verteidigung erforderlichen Geldmittel aus der Staatskasse zu beschaffen.

Ein allgemein interessantes Symptom ist übrigens, daß die Reaktionäre der verschiedenen Länder aufs engste mit dem Großgrundbesitz verbunden sind. Die durch den Krieg verursachte soziale Bewegung bedroht den Großgrundbesitz und dieser wendet sich, um seine Existenz zu retten, an jene verzweifelten Elemente, deren Existenz in Deutschland, Italien, Ungarn usw. durch den Krieg vernichtet ist. In Ungarn sind die „Erwachenden“ gegenüber der drohenden Agrarreform die vorgeschobenen Posten des Großgrundbesitzes. Italien hat seit der Zeit der Gracchen keine so gewaltige Bodenreformbewegung erlebt wie heute. In diesem Kampf hat der Großgrundbesitz die Faszisten in seinen Sold genommen. Dieser Umstand macht es erklärlich, warum neben den Sozialisten die größte italienische Partei, die großgrundbesitzfeindliche christliche Volkspartei, sich der die Faszisten begünstigenden Regierung entgegensetzt.

Der sich vor unseren Augen abspielende Kampf des Sozialismus und der Reaktion hat es bewiesen, daß die Studenten und die Offiziere, die Mitglieder der herrschenden Klassen, nicht bloß in der Technik des Waffengebrauchs besser bewandert, sondern auch kämpferischer und grausamer, für die Psychologie des Krieges empfänglicher sind, wie die Arbeiterschaft. Der reaktionäre Internationalismus hat den Beweis erbracht, daß das Bekenntnis zum Evangelium der Gewalt, zum alleinseligmachenden Terror eine Theorie ist, die nicht der Praxis des Sozialismus, sondern der des „Faszismus“ dient. Demgegenüber kann und soll die Arbeiterschaft mit ihren eigenen Waffen, die ihr vermöge ihrer unentbehrlichen Stellung als Träger der gesellschaftlichen Produktion zu Gebote stehen, dieser neuen Internationale der Reaktion die Spitze bieten.

Wer schützt die Schützer der Republik?

Von Willy Meix-Kiel.

Es gibt Namenlose, die beim Kapp-Putsch Leben und Gesundheit für die Republik in die Schanze geschlagen haben: die Kapp-Putsch-Beschädigten. Ihre Zahl ist sicher nicht gering. Im Hamburg und Kiel, wo sie sich in einer losen Organisation vereinigt haben, beträgt ihre Zahl etwa 300. Leider besitzen wir keine Zahlen aus dem Reiche. Wenn man sich aber der Kämpfe erinnert, die sich im März 1920 überall abgespielt haben, so mag man sich vergegenwärtigen, wie zahlreich die Namenlosen sind, um deren geistiges und materielles Wohlergehen die Republik bisher nur sehr dürftig oder gar nicht Sorge getragen hat. Es gibt Söhne der Republik, die im tiefsten Elend leben, weil sie mit ihrer Not überall abgewiesen werden. Die Behörden und Behördenvertreter erklären achselzuckend: Wir sind leider nicht zuständig.

In der Tat sind auch die Verhältnisse hinsichtlich der Versorgung der Kapp-Putsch-Beschädigten ziemlich verworren. Wo eine Regelung getroffen wurde, ist sie meistens provisorisch, ein unhaltbarer Zustand. Wir haben wohl ein Gesetz zum Schutze der Republik, aber kein solches zum Schutze der beim Schutze der Republik schwerverletzten Schützer der Republik. Ein Teil wird allerdings entschädigt nach dem Tumultschadengesetz, ein anderer Teil nach dem Personenschadengesetz, ein anderer Teil überhaupt nicht und die Aermsten beziehen — Armenunterstützung, soweit kein „persönliches Verschulden“ vorliegt.

Die Bestimmungen des § 5 des Tumultschadengesetzes, die bei „persönlichem Verschulden“ Erstattungsansprüche

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(11. Fortsetzung.)

Die Klar war noch nie hier gewesen. Das umfing sie nun. Das war so vornehm, so gepflegt, wie wenn einer seine Sonntagskleider anhat, ein frisches Hemd und einen weißen Kragen und blankgewichste Stiefel, in denen kein Fältchen ist. Die Klar begriff jetzt, daß hier die „gewöhnlichen“ Leute nichts zu suchen hatten. Der alte Krafft war kein Schullehrer wie die anderen, die an der Staatskrippe futtern und einer ein Schafsgesicht hatte wie der andere, der Krafft war ein Schullehrer für die „seinen“ Leute. Die Umgebung und dieser Gedanke, das machte sie verlegen. Was wollte sie da! Das Herz fiel ihr in die Schuhe. Und das war ihr eigener früherer strenger Lehrer, der da in seinem schlohweißen Bart vor ihr stand.

Die Kirchturmuhr schlug den letzten Schlag. Die Klar grinste und wurde rot.

Dann deutete sie nach dem Garten hin und sagte: „Wie geleckt, Herr Lehrer!“

Das war der höchste Ausdruck ihrer Bewunderung, den sie in der Verlegenheit finden konnte.

Aber wie das Wort gesagt war, hatte sie auch ihre gewöhnliche Forsche wiedergefunden, und sie fügte hinzu:

„Nichts für ungut, Herr Lehrer, — aber unsereins weiß auch, was schön ist, wenn man's auch nit so sagen kann. Schön ist's bei Ihnen da. Potz Dunner — das tät mir auch gefallen.“

Sie lachte mit ihrem breiten, derben Gesicht, und es strahlte von einer Aufrichtigkeit und geraden Ehrlichkeit, daß es dem Krafft wohltat, hineinzusehen. Er hatte schon unmutig werden wollen, nun war aber die Stirnfalte, die ihm in übler Laune immer so tief und breit über die Stirne querlief, wieder geglättet.

„Was führt Sie zu mir, Klar? Kann ich Ihnen etwas helfen? Es freut mich, wenn Ihnen mein Garten gefällt. Was ist Ihr Anliegen?“

„Ich hab schon gemerkt, ich hätt auch eine halb Stund früher kommen können,“ steuerte die Klar langsam um ihre Sache herum, um desto sicherer mitten in Fluß zu kommen, „aber 's ist ein langer Weg, von unserer Ziegelgaß bis her zu Ihnen, durchs ganze Dorf durch, Herr Lehrer.“

Der Krafft nickte, und in seinen großen Tränensäcken zuckte es. Er hob die Brille ein wenig und strich erst mit der linken Hand übers linke Auge, dann mit der rechten übers rechte. Das war die Ungeduld.

Die Klar merkte es. Aber nun war sie ja auch im rechten Fahrwasser. Nun einen Steuerruck — und kielgerade ins Ziel:

„'s ist wegen mei'm Philipp, Herr Lehrer.“

Damit faßte sie ein wenig nach der Seite hinter sich und zog den Philipp hervor.

„Da ist er.“

„Es ist gut, Klar,“ meinte der Krafft. „Der Philipp kann eine Stunde bei mir drin in der Schule sitzen, und Sie verweilen sich eine Stunde bei meiner Frau — in der Pause besprechen wir das — kommen Sie dann heraus in meinen Garten, da pflege ich meine Pause zu halten.“

Die Klar hatte nicht Zeit zu einer Einwendung, der Philipp folgte dem Krafft, als ging's aufs Schafott, willenlos und fast bewußtlos — die Klar trat ins Haus. Und eine ganze geschlagene Stunde lang dämpfte sie ihre Stimme, daß man nichts höre in der Schule drüben und der Krafft nicht gestört werde.

Und dann ging sie in der Pause mit dem alten Lehrer den breiten Gartenpfad auf und ab. Sie fragte, und er gab Rat — er fragte, und sie sagte geradeaus ihre Meinung.

Dabei dachte sie beständig: wenn sie mich jetzt sehen, in der Nachbarschaft, — und sie sehen mich — sie kriegen die Gelbsucht vor Neid — und wenn sie mich erst drunten sehen könnten, in der Ziegelgaß — sie kriegten die Schwarzsucht. Fünf Mark im Monat, das könne sie aufbringen — das wär noch mal schöner.

„Wenn Sie's mal nicht können, Klar — —“ Aber da wehrte sie schon.

„Jed Arbeit ist ihres Lohnes wert. Ob mit den Händ oder mit dem Kopp. Das nit, Herr Lehrer.“

Und dann für später. Nach Mainz — dann ins Seminar. Aber da sie von Pfarrerwerden auch gesprochen habe — da müsse der Philipp Latein lernen. Bei ihm lerne er nur Französisch. So müsse sie mal beim Pfarrer fragen — vielleicht daß der's täte.

Und vor der Klar ging eine Welt auf, in der alles gut war. Gute Menschen, die einem halfen mit Rat und Tat, gute Menschen, die nicht auf einen herabsahen, nicht fragten, ob man arm sei, ob man Ziegel mache oder Federhüt, gute Menschen, die einem helfen wollten und gaben, von dem, was sie zu geben hatten.

In ihr wurde es so stolz und feierlich, gerade, als wenn sie mit einer Prozession ginge. Wo man über gestreute Blumen geht, zwischen geschmückten Häusern hin, wo die Sonne auf einen scheint und man zur Monstranz aufblickt mit dem gleichen Recht wie jeder andere auch.

Sie wußte nicht, wie sie es fassen sollte. Sie sah nur auf zu dem alten Manne, dessen scharfe Augen nun voll Milde waren und Güte, und nur noch sanfter hinter den hellen Brillengläsern, durch die sie in die Welt sahen, wie man durch freundliche Fenster sieht, die in ein klares Land, die auf eine liebliche Landschaft gehen. Nichts Häßliches und Trübes sieht man durch sie, nur Klarheit und Helle, nur Liebe und Güte, nur das Schöne, das die Welt erfüllt. Und einen Augenblick sah die Klar selbst durch so ein helles hohes Fenster hindurch in die Schönheit der Welt hinein. Und sie sah nur ihren alten Lehrer an. Aber sie meinte, sie habe neue Augen erhalten.

Und sie hatte neue Augen erhalten.

Sie war eine Stufe höher in ihrem Leben getreten — der alte freundliche Mann hatte sie heraufgezogen. Sie fühlte sich geehrt — und sie verehrte. Sie fühlte sich dankbar — und wollte es ausdrücken. Sie konnte nicht. Sie war ganz trunken. Sie hatte keine Worte.

Alles war abgemacht. Sie reichte dem Alten die Hand hin. Da ging, wie sie kein Wort finden konnte, durch den großen groben Körper ein Rütteln, und der Klar schossen die Tränen in die Augen.

Der Krafft legte seine Hand auf ihre Schulter.

„Was werden soll, das hängt nun von Ihrem Philipp ab. Haben Sie nur Vertrauen, Klar.“

„Es ist nit das,“ schüttelte sie den Kopf. Dann schneuzte sie sich und war wieder ruhig.

(Fortsetzung folgt.)

überhaupt ausschließen, haben schon manchen Kapp-Putsch-Beschädigten zur Verzweiflung gebracht. Bei der bekannten reaktionären Zusammensetzung unserer Behörden kann man sich vorstellen, wie leicht es für antirepublikanische Beamte ist, den Beschädigten unter Hinweis auf den § 5 noch obendrein zu verhöhnen. Die Regel ist, daß ein „persönliches Verschulden schon dann vorliegt, wenn der Beschützer der Republik aus eigenem Antrieb gegen die Kappisten vorging. Eine Auslegung, die für das Ansehen der Republik von großem Schaden ist und die jedem Republikaner die Zornesröte in die Stirn treiben muß. Der derzeitige Stand der Dinge muß im Reichstag unbedingt zur Sprache gebracht werden.

Es ist längst dringend notwendig, daß sich die Oeffentlichkeit der Sache annimmt. Es ist vorgekommen, daß man diese Opfer der Kappisten einfach ihrem Schicksal überließ. Wir können Fälle anführen, wo man die Betroffenen auf das unwürdigste behandelte. Eine zeitlang gab man ihnen Erwerbslosenunterstützung, bald aber wurde diese eingestellt mit dem Bemerken, das Ziel der Erwerbslosenfürsorge würde nicht erreicht, was ja an sich richtig sein mag. Die Betroffenen wurden darauf von einer Instanz und von einer Behörde zur anderen geschickt, zuletzt an die Armenverwaltung verwiesen, an Stadtmissionen und ähnliche Bettelinstitute mehr. Gegen diese unwürdige und gesetzlose Behandlung legen die Tumultbeschädigten und Hinterbliebenen allerschärfsten Protest ein.

In einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister vom 11. März 1922 haben die Betroffenen ihre Lage und ihre Wünsche vorgetragen. Der Reichsarbeitsminister hat Berücksichtigung zugesagt. Wir meinen nun, daß die Materie bei der Behandlung der Gesetze zum Schutze der Republik hätte miterledigt werden können. Die Ausübung selbstverständlicher staatsbürgerlicher Pflichten, wie sie die Kapp-Putsch-Beschädigten in Treue erfüllt haben, darf unter keinen Umständen mit persönlichen Nachteilen verbunden sein. Deshalb sollte die Republik Treue um Treue gelten lassen und die Schützer der republikanischen Staatsordnung in der großzügigsten Weise stützen. Die Geschädigten fordern hinreichende gesetzliche Bestimmungen, nach denen ihre Ansprüche geregelt werden. Sie wenden sich erneut an die Oeffentlichkeit, an die Arbeiterparteien und deren Vertreter im Reichstag, die gewiß für die soziale Not ein genügendes Verständnis haben werden.

Wir fordern Schutz für die Beschützer der Republik.

*

Wer im Besitz von Material ist, wo Kapp-Putsch-Beschädigten unwürdig behandelt werden, der sende es sofort an Friedrich Möller, den Vorsitzenden des Bundes der Kapp- und Tumultbeschädigten, Kiel, Knooper-Weg 48a. Hier wird das Material einer Durchsicht unterzogen und an die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien weitergeleitet.

Studenten gegen die Technische Nothilfe

Am 1. und 2. August 1922 fand in Jena ein republikanischer Studententag statt, der von 15 Universitäten beschickt wurde und an dem die drei Spitzenverbände der republikanisch eingestellten Studentenorganisationen, nämlich der Sozialistische Studentenbund, der Reichsbund und der Reichsverband demokratischer Studenten, teilnahmen. Ferner waren Vertreter der katholischen Studentenschaft auf dieser Tagung als Delegierte anwesend. — Es wurde ein Reichskartell deutscher republikanischer Studenten ins Leben gerufen. Diesem Reichskartell haben sich bisher die Reichsverbände der sozialistischen, pazifistischen und demokratischen Studenten sowie die Vertreter der Zentrumsrichtung angeschlossen.

Dieses neu geschaffene Reichskartell nahm folgende Resolution einstimmig an, die laut Beschluß der republikanischen Studentenschaft sofort an das Reichsministerium des Innern weitergeleitet wurde.

Das Reichskartell deutscher republikanischer Studenten macht die Reichsregierung darauf aufmerksam, daß die ihr beim Reichsministerium des Innern unterstellte Technische Nothilfe mehr und mehr zu einer Zufluchtsstätte reaktionärer Elemente, besonders Studenten, die zum großen Teil aus verbotenen Organisationen, wie der Geheimorganisation C, kommen, geworden ist. Hierdurch ist der Reaktion ein Machtmittel in die Hand gegeben, das ihr die Möglichkeit gibt, bei Rechtsputschen die Abwehrmaßnahmen der Reichsregierung illusorisch zu machen.

In Anbetracht dieser Tatsache und des Umstandes, daß der ADGB. beschlossen hat, die Notstandsarbeiten im Falle von Streiks zu übernehmen, ersucht das Reichskartell die Reichsregierung, die sofortige Auflösung der Technischen Nothilfe vorzunehmen, soweit die allgemeine Durchführung des Beschlusses des ADGB. garantiert ist. Schreitet die Reichsregierung nicht zu den von uns geforderten Maßnahmen, so werden sich die republikanischen Studenten, die heute noch in der Technischen Nothilfe tätig sind, außerstande sehen, ihr weiterhin anzugehören.

Von seiten des Sozialistischen Studentenbundes Deutschlands wird uns zu dieser Entschließung zur Vermeidung von Irrtümern noch mitgeteilt, daß der Sozialistische Studentenbund die Technische Nothilfe stets wegen ihrer arbeitnehmerfeindlichen Betätigung abgelehnt und die Zugehörigkeit zu ihr für unvereinbar mit der Mitgliedschaft zum Sozialistischen Studentenbund gehalten hat. Der Schlußabsatz der Resolution bezieht sich daher nicht auf die sozialistischen Studenten, da solche der Technischen Nothilfe auch bisher nicht angehörten.

Der Kampf gegen die Getreideumlage

Die Presse der Agrarier gibt die Hoffnung, die Getreideumlage sabotieren zu können, noch nicht auf. Wohl hört man hier und da ein Tönchen, daß man versuchen wolle, „das Unmögliche möglich zu machen", aber Ankündigungen völligen Versagens herrschen vor. Die „Deutsche Zeitung" bringt in ihrer Montag-Mittag-Ausgabe einen langen Artikel, in dem unter Anrufung von Konsumvereinsangestellten und Kommunisten die Unhaltbarkeit der vom Reichstage beschlossenen Maßnahmen nachzuweisen versucht wird. Hier ein Pröbchen. Nachdem die Ernteergebnisse als ganz besonders mißlich hingestellt worden sind, schreibt der Verfasser, ein „Kgl. Landrat von Herzberg":

„Da der Eigenbedarf der Landwirtschaft sich gleichbleibt, ebenso die Umlage für 1922, so behält die Landwirtschaft kein Pfund zu freiem Verkauf über. Also: die Umlage ist nicht nur eine Unbilligkeit, sondern ihre Aufbringung ist unmöglich. Dazu kommt, durch die Dürre von 1921 und 1922, eine Futternot wie noch nie, die manchen Landwirt zwingen wird, Korn zu füttern, um sein Spannvieh und damit die Wirtschaft durchzuhalten; denn Korn kostet 345 M. je Zentner, Ersatz-Mais aber 900 bis 1000 M. Dazu haben in den letzten Wochen Sturm und Sturzregen das Korn so zerpeitscht und niedergewalzt, daß von dem aufstehenden Getreide vielleicht noch 20 bis 30 Proz. verlustig gehen."

Das sind die Töne, die jetzt von dem agrarischen Sabotagekonzert zum besten gegeben werden. Die Darstellung ist stark übertrieben. Ueberdies wird die Sache immer so dargestellt, als ob alles Wohlergehen der Landwirtschaft einzig und allein von der Aufhebung des Umlagegesetzes abhinge. Dem Landwirt bleibt angeblich „kein Pfund zu freiem Verkauf übrig". Das Umlagegetreide zu verfüttern, wird quasi als sein gutes Recht hingestellt, solange der Mais nicht billiger ist usw. Daß die Landwirte noch manches andere erzeugen, für das sie über den Weltmarktpreisen stehende Beträge erwucherten, verschweigt man verschämt. Es sei hier nur auf ein Beispiel hingewiesen, das für die Lage der Landwirtschaft zutreffender ist, als die Darstellung des „Kgl. Landrats". Einer unserer Leser schreibt uns:

Im Monat September vorigen Jahres kam ich zufällig nach Neu-Dresden in der Neumark. Die Landwirte dort, ohne Ausnahme reiche Bauern, haben sechszig bis hundert Morgen Land. Zu geizig, regelrechte Landarbeiter zur Ernte zu nehmen und dieselben der Arbeit entsprechend gut zu bezahlen, hatten sie sich zusammengetan und baten den Strafanstaltsdirektor Rechlin in Sonnenburg um Strafgefangene zur Erntearbeit. Die ihnen auch von dem genannten, der Schinderei und Quälerei an Gefangenen wegen bekanntgewordenen Direktor bewilligt wurden. So fuhren dann jeden Morgen achtzehn Strafgefangene unter dem Kommando des Oberwachtmeisters Arkwitz von Sonnenburg nach Neu-Dresden zur Kartoffelernte. Man sage nicht etwa, wie das häufig vorkommt, daß Verbrecher Menschen sind, die nicht arbeiten. Ich selbst habe es gesehen, wie diese Unglücklichen arbeiten. Nur um aus der Anstalt herauszukommen, wo sie hungern mußten, haben sie sich, in der Hoffnung, beim Bauer besseres Essen zu bekommen, zur Außenarbeit gemeldet. Der erste Bauer bei dem die Gefangenen arbeiteten, ein bigotter, überfrommer, sogenannter Christ, hatte vier Morgen Ackerland mit Kartoffeln bepflanzt. Das Kartoffelkraut war einen Meter hoch, so daß die Leute nicht „buddeln" konnten. Es wurden also einige von den Gefangenen vorgeschickt, die das Kraut ausziehen mußten. Nachdem das Kraut ausgezogen war, lagen die Kartoffeln buchstäblich wie gesät. Und was für Kartoffeln! Kartoffeln von solcher Größe, weiße und rote, wie ich sie noch nie zuvor gesehen hatte. Auf meine Aeußerung, daß diese Kartoffel, weil so groß, nicht gut sein könne, wurde ich von dem Bauer, Bever mit Namen, zu Tisch geladen. Ich staunte über den Wohlgeschmack und den Mehlgehalt der Kartoffeln. Was war nun das Resultat der Ernte eines fast regenlosen Sommers? Von vier Morgen Land hat der Bauer 560! Zentner Kartoffeln geerntet, zu seinem eigenen Erstaunen. Das macht von je Morgen 140 Zentner. Nach Aussage des Bauern hat er in den besten Erntejahren höchstens 90 Zentner pro Morgen geerntet. Auf meine Frage, ob er die Kartoffeln nun gleich zu Geld mache, gab er mir in seiner trockenen Art zur Antwort: „Nee, da wäre ich ja schön dumm. Die bleiben ruhig liegen bis zum Winter. Jetzt kriege ich bloß vierzig Mark für den Zentner, im Winter aber viel mehr." Wie richtig dieser Bauer kalkuliert hat, wissen wir alle, denn der Bauer hat im letzten Winter mehr als 200 Mark für den Zentner Kartoffeln erhalten. Nachdem ich also die Familie des Bauern und sein Vieh kennengelernt hatte, rechnete ich aus, daß er für sich nebst Vieh und Saat hochgerechnet 160 Zentner braucht, somit also 400 Zentner zum Verkauf übrig hat. Der Zentner zu 200 Mark macht einen Ueberschuß von 80 000 Mark von vier Morgen Land. Nun hat der Bauer aber über 60 Morgen Ackerland, das mit Roggen, Weizen, Hafer, Rüben, Raps usw. bepflanzt war. Ein jeder denkende Mensch kann sich nun ungefähr ausrechnen, wie groß die Notlage der Landwirte und Großagrarier ist. Früher hatten die Bauern und viele Gutsbesitzer Hypotheken auf ihren Grundstücken. Diese in Goldmark empfangenen Hypotheken haben sie während des Krieges und nach demselben in Papiermark zurückgezahlt. Man gehe einmal hin und sehe sich heute die Bauernhäuser im Innern an. Der Bauer kauft sich Klaviere nur des Wertes wegen, die er aber weniger achtet als seine Häckselmaschine; er kauft wertvolle Teppiche, Möbel, Schmucksachen und vieles andere; warum? Erstens, weil er sein Geld dem Staate nicht versteuern will; dann aber auch, weil der Staat nicht wissen soll, wie seine Not aussieht.

Das, lieber Leser, ist ein kleines Beispiel von den vielen Tausenden. Den Arbeiter und Beamten kann der Staat kontrollieren, was er verdient, und demgemäß muß er seine Steuern zahlen. Dafür hat er dann auch das Recht zu hungern, und sich von dem Bauer, der seinen enormen Verdienst vor dem Staat sorgfältig versteckt, verhöhnen zu lassen. Diese Methode hat die Front erdolcht!

Wichtige Adressenänderung

Organisatorische Veränderungen veranlaßten, die Abteilung Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. in Berlin, sich von dem Zeitungsunternehmen zu trennen und die Buchhandlung ab 1. Juli als selbständiges Unternehmen unter der Firma

Buchhandlung Freiheit G. m. b. H.

weiterzuführen. Die Buchhandlung ist jetzt den Parteiinstanzen unterstellt und zwar dem Bezirksverband Berlin-Brandenburg und dem Zentralvorstand der USPD. Durch Vereinfachung der Geschäftsorganisation wird es möglich sein, Bücher und Schriften bedeutend schneller als bisher liefern zu können. Unsere Geschäftsfreunde, Parteiorganisationen und Gewerkschaften bitten wir, von dieser Umstellung Kenntnis zu nehmen und Zahlungen für Lieferungen, die vor dem 1. Juli erfolgten, an die Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. zu richten. Für alle Lieferungen der Buchhandlung Freiheit ab 1. Juli 1922 sind Zahlungen nur zu richten an untenstehende Adresse. — Ebenso bitten wir auch in Zukunft Bücherbestellungen nur zu richten an die

Buchhandlung Freiheit G. m. b. H., Berlin SW. 61, Urbanstraße 7.

Bankkonto: Dresdner Bank, Depositenkasse Nr. 2, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Straße 107. Postscheck-Konto: Nummer 5257.

Filmschau

Eine „Gesellschaft für Kulturforschung", die sich für „gemeinnützig" hält, weil sie im Film nationalistische Propaganda treibt, behauptet, sie hätte „hinsichtlich der Wichtigkeit und Bedeutung ihrer Arbeiten völlige Einigkeit aller Parteien der Nationalversammlung" erzielt. Das kann aber für die „Freiheit", von der die „Gesellschaft für Kulturforschung" Unterstützung ihrer Pläne erbittet, kein Anlaß sein, auf den Schwindel ebenfalls hereinzufallen. Umsoweniger, als die „Freiheit" auf die Gemeinschädlichkeit des Films: „Der Versailler Friedensvertrag" schon vor einigen Monaten, gleich nachdem er vorgeführt worden war, hingewiesen hat.

Doch die „G. f. K." hofft, uns zu belehren. Sie schreibt: „Die politischen Ereignisse der letzten Monate haben erneut aufs Schärfste die Notwendigkeit einer objektiven Aufklärung über die Tragweite der Bedingungen des Friedensvertrages erwiesen."

Nein! Die politischen Ereignisse der letzten Monate haben erwiesen, daß die Bedingungen des Friedensvertrages zwar unerträglich sind; und doch sind sie noch lange nicht so scharf, um die Bestie zähmen zu können, die einen Minister umbringt, weil er Jude ist, und die gleich hinterher den Adel der germanischen Rasse dadurch dokumentiert, daß sie bei der greisen Mutter des Ermordeten anläutet, um sie mit Unflätigkeiten zu bewerfen!

Die politischen Ereignisse der letzten Monate haben erwiesen, daß die Bedingungen des Friedensvertrages zwar hart, aber doch nicht so bestialisch sind, wie wenn jene Bestie sie diktiert hätte, die in Brest-Litowsk eine Kostprobe davon bot! Wobei zu bedenken bleibt, daß die Bestie, während sie in Brest den Rachen aufriß, doch noch im Rücken bedroht war, daß sie aber, wenn sie es nicht gewesen wäre, auch noch den Hintern aufgerissen hätte, um die Welt — doppelt hält besser — nach zwei Richtungen hin zu verpesten!

Die politischen Ereignisse der letzten Monate haben erwiesen, daß die Bedingungen des Friedensvertrages, die unerträglich sind, wie immer die Unschuldigen treffen, daß es also ein Hohn ist, wenn die Bestie die Schnauze aufsperrt, um sich zu beklagen.

Unter solchen Umständen verhallt ungehört die Klage, die vom Osten herüberweht. Wenn sie nicht zu betäubendem Brausen anschwillt, so liegt das daran, daß die nach Millionen zählende Menschheit, von der sie ausgeht, für einen lauten Schrei keine genügende Kraft mehr aufbringt, weil sie im Verhungern liegt! Das Wimmern aber drang nicht einmal bis Genua, sonst hätten hier für die Hungernden einige Brocken abfallen müssen, nicht Berichte, die so lauten: „Im ‚Eden' legte ein Russe 28 Millionen Papierrubel an in Champagner und Whisky. Er feierte mit einigen deutschen Kollegen Verbrüderung als Auftakt zum deutsch-russischen Vertrag. Grüne und gelbe Liköre flossen in Gläser, in Kehlen und über Tische. Tausendlirescheine flogen wie Spreu in die ungeheuren Säcke der Kellner. Aus dem heißen Tanzsaal flüchtete man in den Speisesaal —", wo man, beim Saufen und Fressen, natürlich wieder vergaß, an die Hungergualen eines Millionenvolkes zu denken!

Mehr als in Genua dachte man diesen Sonntag hier, in Kellers Festsälen, Koppenstraße, daran, als ein in Rußland aufgenommener Film vom „Arbeiterhilfskomitee für das hungernde Rußland" vorgeführt wurde. Der Reinertrag dieser und der nächsten Vorführungen fließt den Hungernden zu.

An Filmneuigkeiten gabs diese Woche wenig Erwähnenswertes. Gogols „Revisor" als Film (im Marmorhaus) beginnt ganz lustig, weil der Anfang sich an Gogol anlehnt, er endet langweilig, weil der Schluß sich von Gogol entfernt und in wässerige Sentimentalität verfällt. Der zweite Fehler ist, daß Friedrich Zelnik sich nicht damit begnügt, Regie zu führen, sondern auch noch die Hauptrolle spielt, für die er nicht genug Humor mitbringt. Hätte er sie an seinen Episodenspieler Fritz Schulz abgegeben, dann wäre vielleicht ein gutes Lustspiel zustandegekommen.

Den im Oswald-Theater laufenden Zirkusschund, der noch unerquicklicher ist als sein Titel: „Wem nie durch Liebe Leid geschah —", erwähne ich nur, um auf eine darstellerische Leistung aufmerksam zu machen: Es ist erstaunlich, wie glaubhaft trotz einer durch und durch verlogenen Handlung die junge Schauspielerin, Claire Rommer, das Schicksal eines Bauernmädels zu gestalten weiß! Hoffentlich fällt sie bald besseren Regisseuren in die Hände!

Dosio Koffler.

Zwei Tragikomödien in den Kammerspielen (Sommerdirektion). Der Zusatz „Sommerdirektion" soll soviel bedeuten wie: nehmt die Sache nicht allzuernst. Das kann man auch beim besten Willen nicht. Also: „Die ewig lächelnde Frau" (in zwei Akten von Denys Amiel und André Obey) lächelte immer zu all ihrer Misere mit ihrem Raffke-Mann, dem reichgewordenen Schneidersohn Prevot, und eines Tages gehen Ekel und Scham bei ihr so weit, daß sie den Revolver, mit dem ihr Mann zu spielen pflegt, heimlich lädt, damit ein guter Zufall ihrem Elend ein Ziel setze. Da die Sache tragikomisch enden muß, schießt der Ehemann glücklicherweise irgendwohin, und — jetzt, jetzt finden sich die beiden. Warum sie sich überhaupt finden, warum die Frau, die noch so viel für ihren Mann übrig hat, die ganze Spielszene mit dem Revolver mitansehen kann und ähnliches mehr, das weiß der Himmel. Allerdings ist dies alles nötig, damit eben die aufregende Szene mit dem Revolver sich abspielen kann. Diese Szene spielte Werner Kraus technisch meisterhaft, seelisch ein wenig fremd. Wie er die geladene Waffe zufällig gerade vor die Stirn, vor den Mund, vor die Brust hielt, das war Angstschweiß austreibendes bestes Kino. Lina Lossen, seine Frau, spielte mittelmäßig die sehr mittelmäßige Rolle. Der Titel des Stückes hat natürlich so gut wie nichts mit dem wirklichen Inhalt zu tun. Es wurde viel geklatscht, weil zwei Stars sich bedanken konnten. —

Mindestens eben soviel Beifall hätte Walter Jansen für seinen sterbenden Talma verdient. Man glaubte ihm ganz und gar seinen größenwahnsinnigen, famos maskierten Mimen, der „römisch" sterben möchte. Der Einakter, „Talmas Tod" von Armin Friedmann und Alfred Polgar ist nicht übel gemacht. Zum mindesten ist er viel, viel geistvoller als die vorhergehende Ehekomödie, dem mit berechnetem Stil französisch gefärbten Stückchen fehlt leider ein dämonischer Rest, der dem Ganzen erst eine Bedeutung gegeben hätte. Immerhin sind die beiden kleinen Dramen künstlerisch so belanglos, daß sie sogar im Winter sich einige Wochen auf einer Berliner „vornehmen" Bühne hätten halten können.

A. N.

Eine Akademie für praktische Medizin in Magdeburg. Die Gründung einer neuen Akademie für praktische Medizin ist, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" berichtet wird, für Magdeburg in Aussicht genommen. Es sollen regelmäßig acht zweiwöchige Arbeitskurse im Jahr abgehalten werden. Die einmaligen Kosten für die Einrichtung, die im wesentlichen durch Umgestaltung der Krankenanstalten zu Unterrichtszwecken vollzogen wird, werden auf 1 200 000 M. geschätzt, die laufenden Ausgaben sind auf 360 000 M. jährlich veranschlagt. Außer dem Magistrat soll sich auch die Industrie bei der Finanzierung beteiligen.

Groß-Berlin

Der Lebenslauf eines Hochstaplers

Fakturist — Geistlicher — Schauspieler — Gerichtsoffizier im Edenhotel — Kriegsgerichtsrat — Generalsubstitut eines Justizrats

Wie ein Roman klingt der Lebenslauf eines jungen Hochstaplers, dessen Werdegang und einzelne Etappen grelle Streiflichter auf die Verhältnisse während des Krieges und insbesondere nach seinem verhängnisvollen Ausgang werfen. Der jetzt erst 25jährige, angebliche „Schriftsteller" Karl Sebeste war mit 17 Jahren ursprünglich Fakturist in einem Hut-Engrosgeschäft. Schon damals zeigte er sich als Tunichtgut, erhielt bald seine Entlassung und wurde dann Soldat. Wegen Körperschwäche zunächst vom Militär entlassen, betätigte er sich als Hilfskanzlist beim Gubener Magistrat, später als Postaushelfer, stahl aber, erhielt 5 Monate Gefängnis und wurde wieder eingezogen. Verschüttet gewesen, beförderte er sich zu Hause zum Unteroffizier und Inhaber des E. K. I und von nun an bewegte sich seine Karriere in schnellem Aufstieg. Als er auf dem Wege nach Frankreich in Koblenz einen Krampfanfall erlitt, wurde mit einem Male aus dem ehemaligen Fakturisten im Lazarett ein protestantischer Kandidat der Theologie, der mit Erlaubnis der zuständigen Geistlichen Gottesdienste abhielt. Wieder bei der Truppe, gelangte er auf dem Wege über die Tobsuchtszelle in die Spandauer Wiedergenesenden-Kompagnie, von der der Herr „Theologe" als Lehrer für den Religionsunterricht in der Quarta und Obertertia des Hindenburg-Gymnasiums abkommandiert wurde. Da er hier die Frechheit besaß, den Pfarrer selbst vertreten zu wollen, kam der Schwindel heraus, und er selbst wurde nach Spandau zurückberufen.

Nach seiner abermaligen Entlassung wurde er Schauspieler für kleine Rollen am Gubener Stadttheater, bis er in die Irrenanstalt zurückgeholt wurde. Den angeblich Genesenen wollte der Vater zu einem anständigen Kaufmann machen. Sebeste lief jedoch bald zum Theater in Lissa, kehrte diesem aber schnell den Rücken und wandte sich unter seinem Bühnennamen an das dortige Lazarett, von dem er als solcher auch das Gehalt bezog. — Nunmehr reiste er in voller Uniform nach Berlin und trat bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division im Edenhotel ein wo der „Dr. jur." als Gerichtsoffizier tätig war. Angeblich wegen Geldmangels ging er zur Reinhardt-Truppe über und wurde **„auf Grund seiner juristischen Kenntnisse"** in deren bekannter Kriminalabteilung untergebracht. Resultat: 6 Monate Gefängnis.

Nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt, pumpte er als „Offizier und Schauspieler" die Bühnengenossenschaft an und lernte dann auf einem Offiziersball im hiesigen Marmorsaal eine Baronin von E., eine junge Witwe, kennen, der er sich als Graf Sturm vorstellte. Graf Sturm borgte der jungen Witwe nicht nur 20 000 Mark ab und verjubelte sie mit ihr, sondern entwendete ihr auch die Papiere ihres vermißten Schwagers, des Hauptmanns und militärischen Hilfsrichters von E. Mit diesen Papieren ließ dann der falsche Freiherr von E. beim hiesigen Generalkommando sich für die Beschäftigung heimgekehrter Offiziere vormerken und wurde bald bei dem bekannten hiesigen Justizrat Schm. als Generalsubstitut untergebracht. Hier **nahm er Zivil- und Strafprozesse wahr, und zwar, wie gesagt wird, mit gutem Erfolge.** Da er jedoch auch noch andere Rechtsanwälte vertrat und wichtige Termine oft vertagen ließ, wurden ihm zuletzt vom Justizrat Schm. nur noch Amtsgerichtssachen übertragen.

Auf einer Reise nach Magdeburg ereilte Sebeste wieder das Schicksal mit dem Ergebnis einer Verurteilung zu 20 Monaten Gefängnis. Aus dem Kerker wieder heraus, trat Sebeste hier als falscher Schupo-Offizier auf und verübte verschiedene Betrügereien, die jetzt die Ferienstrafkammer des Landgerichts II beschäftigten.

Gefängnisarzt Dr. Hirsch gab sein Gutachten dahin ab, daß bei dem Angeklagten eine merkwürdige Mischung von Unfähigkeit zu geordneter Tätigkeit und ungewöhnlichen Anlagen vorliege. Er sei ein krankhafter Schwindler, dessen Erfindungen jedoch nicht zu selbstsüchtigen Zwecken verwandt würden, sondern einem inneren Gefühlsbedürfnis entsprächen. Geisteskrank im Sinne des § 51 sei aber Sebeste nicht. **Das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis.**

Mit deutschnationaler Gesinnung und der nötigen Frechheit kann man heute in Deutschland alles werden.

Säuberung der Schutzpolizei?

In letzter Zeit ging durch die Tagespresse die Nachricht, daß auch aus der Schutzpolizei eine Anzahl Beamte entfernt worden sind, auf deren Dienst die Republik verzichten konnte. In der Hauptsache waren es Offiziere, bei denen man reaktionäre Gesinnung festgestellt hatte und die auch bewiesen haben, daß sie die ihnen unterstellten Beamten nicht als Menschen behandeln wollten.

Bei der Berliner Schutzpolizei gibt es einen gewissen Hauptmann Keil, bei dem alles beides zutraf. Keil hat anläßlich eines Kleiderappells einen Beamten mehrere Male vor die Brust geschlagen, um sich zu überzeugen, daß sein Rock staubfrei sei. Nur der eisernen Ruhe und Besonnenheit des Beamten war es zu verdanken, daß dieser nicht gleiches mit gleichem vergolten hat. Als Keil merkte, daß der Beamte vor Erregung die Gesichtsfarbe wechselte, sagte er zu ihm im Befehlston: „Treten Sie weg." Bei einem Waffenappell hat Keil einem Unterbeamten, der seinen Degen zu stark eingefettet hatte, dieses Fett vom Degen abgewischt und es dem Beamten ins Gesicht geschmiert.

Bei einer Weihnachtsfeier der Hundertschaft dieses Hauptmanns Keil wurden die Lieder „Heil dir im Siegerkranz" und „Es braust ein Ruf wie Donnerhall" gespielt. Keil und sein Anhang sangen kräftig mit. Ein großer Teil der Beamten, denen dieses zuwider war, verließen empörend den Saal.

Beim Unterricht seiner Beamten hat dieser Hauptmann Keil ein aus der Illustrierten Zeitung ausgeschnittenes Bild, das den Reichspräsidenten Ebert und den Reichskanzler auf dem Wege zur Verfassungsfeier darstellt, gezeigt und dazu bemerkt: **„Sehen Sie ihn an, das ist die erste Repräsentationsperson des Deutschen Reiches, so, wo soll der's auch herhaben als ehemaliger Sattler. Der Reichskanzler besitzt Anstand, der zieht wenigstens noch seinen Hut."**

Vor einigen Wochen ging dieser berüchtigte Hauptmann Keil auf Urlaub und die Beamten seiner Hundertschaft, die feste und treue Republikaner sind, waren der festen Ueberzeugung, daß Keil nicht mehr wiederkommen wird. **Man mußte** dies auch annehmen, denn durch die weitere Umgestaltung der Polizei ist festgelegt, daß aus ihr tatsächlich eine Polizei werden soll und keine Reichswehr Nr. 2. Da aber die Wahrscheinlichkeit sehr nahe liegt, daß Keil nur bei einer Polizeitruppe Dienst zu tun gewillt war, mußte man annehmen, **daß er von selbst geht.**

Auch war in Beamtenkreisen verlautet, daß der Herr Minister des Innern auf die Dienste des Keil verzichten wolle. Es ist ja anzunehmen, daß der Minister es tatsächlich wollte, aber irgendeine andere Dienststelle war wohl damit nicht einverstanden. Keil soll sogar an exponierter Stelle Verwendung finden, wahrscheinlich um die Republik zu schützen!

Student Flesch geisteskrank?

Der Student Werner Flesch, der Ueberbringer des Blumenstraußes an Dr. Helfferich im Reichstag am Tage der Ermordung Rathenaus, wurde, wie schon mitgeteilt, kürzlich aufs neue in Haft genommen. Angeblich sollte er an dem Attentat auf Maximilian Harden beteiligt sein. Wie sich jedoch jetzt herausgestellt hat, ist Flesch als ein pathologischer Phantast anzusprechen, der immer Gerüchte über sich verbreitet hat, daß er mit dem Attentat auf Rathenau und Harden in irgendeinem Zusammenhange stände.

Flesch ist nunmehr von der Polizei nicht deshalb in Haft genommen worden, weil sie seinen Renommistereien Glauben schenkte, sondern wegen eines Betrugsversuches, der allerdings mit dem Ueberfall auf Harden in einem Zusammenhang steht. Flesch trat nämlich an einen Bekannten mit der Angabe heran, daß der bisher noch flüchtige Mittäter an dem Ueberfall auf Harden, Anckermann, sich noch in Berlin aufhalte, und daß er mit Mitteln versehen werden müsse, um sich in Sicherheit zu bringen. Als Mittäter wolle Flesch Anckermann aufsuchen und ihm das Geld zur Flucht überbringen. Der Bekannte schenkte diesen Angaben aber wenig Glauben, war vielmehr der Annahme, daß es sich um ein Schwindelmanöver des Flesch handele und daß dieser das Geld für seine Zwecke verwenden wollte und machte der Polizei Anzeige. Mit Rücksicht auf die geistige Verfassung des Flesch hat nunmehr sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Ahrens, den Antrag gestellt, Flesch auf seinen Geisteszustand zu untersuchen.

Die ganze Affaire Flesch erscheint noch immer reichlich mysteriös, da Flesch auch bei dem Charlottenburger Korps, in dem auch, wie die „Dena" gestern mitteilte, Techow viel verkehrte, wiederholt übernachtet haben soll.

Erweiterung der Sonntagsrückfahrkarten

Die Sonntagsrückfahrkarten, die von der Eisenbahndirektion Berlin zu bedeutend ermäßigten Preisen für die beliebtesten Ausflugstrecken ausgegeben werden, zur Hinfahrt bereits am Sonnabend mittag und zur Rückfahrt bis Sonntag um Mitternacht berechtigen, sind jetzt freigegeben.

Neu eingeführt sind Sonntagskarten vom Schlesischen Bahnhof oder von der Stadtbahn nach Bukow (Märk. Schweiz). Vom Schles. Bahnhof 3. Kl. 31 M., 4. Kl. 27 M.; von der Stadtbahn 34 bzw. 30 M.; vom Stettiner Bahnhof nach Werbellinsee (33 bzw. 24 M.) und Lindow (38 bzw. 28 M.).

Um rüstigen Wanderern Tagesfahrten zu ermöglichen, die nicht zum gleichen Bahnhof oder an die gleiche Strecke zurückführen, werden für die Karten nach Neuruppin (über Kremmen) Anschlußkarten, 3. Kl. 10 M., 4. Kl. 7 M., ausgegeben, die zur Rückfahrt auch von Rheinsberg (über Löwenberg) berechtigen; die Karten nach Rheinsberg (48 bzw. 35 M.) gelten für die Rückfahrt ohne weiteres auch von Neu-Ruppin über Kremmen.

Die Einführung weiterer Sonntagsrückfahrkarten ist sehr zu begrüßen. Noch mehr zu begrüßen wäre es, wenn die Sonntagsrückfahrkarten sämtlich von der Stadtbahn aus benutzt werden könnten und auf allen Stadtbahnhöfen erhältlich wären.

Ein deutschnationaler Stadtverordneter als Arbeitgeber

Unter obiger Ueberschrift erschien in der Abendausgabe vom 11. Juli eine Notiz, die sich mit den Zuständen in dem Betriebe des Herrn Schreckenberg, Nowawes, Lützowstraße 9—11, beschäftigte. Herr Schreckenberg besitzt die Unverfrorenheit, uns eine „Berichtigung" zuzusenden, in der er eine Menge von Behauptungen aufstellt und die Richtigkeit der in unserer Notiz gemachten Angaben bestreitet. Wir möchten zunächst nur bemerken, daß wir in unserer ersten Notiz infolge Raummangels nur einen geringen Teil davon veröffentlicht haben, was uns von seiten unserer Gewährsleute vorgetragen wurde. Infolge dieser provozierenden „Berichtigung" sind wir gezwungen, ein wenig deutlicher zu werden.

Herr Schreckenberg gibt in seiner Zuschrift zu, daß er den Jammerlohn von wöchentlich 650,00 bis 750,00 M. einschließlich Wohnung zahlt, während wir behaupten, daß in der Woche vom 2. bis 8. Juli 527,00 M. inkl. mehrerer geleisteter Ueberstunden ausgezahlt wurden. Einige weibliche Arbeitskräfte jedoch erhielten wesentlich weniger ausgezahlt. Wieviel berechnet da Herr Schreckenberg für die primitive Lagerstätten, die er bietet? Daß bei solchen schmutzigen Löhnen eine Arbeitsleistung nicht erwartet werden darf, müßte auch Herr Schreckenberg begreifen.

Weiter schreibt Herr Schreckenberg, daß er jetzt unter Ausschluß der freigewerkschaftlichen Organisation, „unter freudiger Zustimmung sämtlicher Arbeitnehmer", einen baren Wochenlohn von 250,00 M., bei freier Kost und Logis, vereinbart hat. Von Vertrauensleuten wird uns dazu berichtet, daß zwei jungen Leuten, die Herr Schreckenberg von auswärts bezogen hatte und die bei diesen schändlich niedrigen Löhnen dauernd in Vorschuß waren, um nicht zu verhungern, nichts anderes übrig blieb, als diese Vereinbarung einzugehen. **Der Jubel darüber dürfte wohl auf Seiten des Herrn Schreckenberg sein.**

Aus dem übrigen Teil der weitläufigen „Berichtigung" interessiert noch ganz besonders, daß Herr Schreckenberg sich darüber entrüstet, daß die freigewerkschaftliche Organisation, die sämtliche im Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer organisiert hat und deswegen als alleinige Interessenvertretung der Arbeitnehmer anzusehen war, es abgelehnt hat, irgendwelche von Herrn Schreckenberg vorgeschlagenen anderen „Arbeitnehmer-Verbände" als Tarif-Kontrahent zuzulassen.

Alles in allem können wir Herrn Schreckenberg nur raten, die Oeffentlichkeit mit derartigen „Berichtigungen" zu verschonen, da in bezug auf das Arbeitsverhältnis dieser Betrieb bzw. sein Inhaber noch viel mehr „Dreck am Stecken" hat.

Zu alledem kommt noch, daß durch eine Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht festgestellt wurde, daß Herr Schreckenberg einem Korrespondenten im Monat Juni d. Js. **ein Gehalt von 1300 M.** (ohne Abzüge) auszahlte. Man kann einen Schreck vor Herrn Schreckenberg bekommen ob seines sozialen Verständnisses. Trotzalledem sind die Deutschnationalen die einzig wahren Volksbeglücker!

Großhandelspreise in Berlin

Die Preise verstehen sich für 50 Kg. frei Haus Groß-Berlin, soweit nicht auf Grund des Ortsgebrauchs Rollgeld berechnet wird. Von Mark bis Mark: Gerstengraupen, lose 2500—2600, Gerstengrütze, lose 2500—2600, Haferflocken, lose 2900—3050, Hafergrütze, lose 2950—3100, Kartoffelstärkemehl 3375—3750, Maisflocken, lose 2240—2340, Maisgrieß 2400 bis 2500, Maismehl 2200—2300, Maispuder, lose 3350—3450, Makkaroni, lose 3000—3600, Schnittnudeln, lose 2650—3000, Birma-Reis 3000—3100, glas. Tafelreis 3100—4500, grober Bruchreis 2600—2800, Reismehl, lose 2500—2750, Reisgrieß, lose 2225—2500, Rinaäpfel, amerik. 21 500—22 600, getr. Aprikosen, cal. 24 130—24 400, getr. Birnen, cal. 14 580—15 300, getr. Pfirsiche, cal. 11 690—12 000, getr. Pflaumen 5220—5400, Korinthen, 1921 Ernte 9590—9780, Rosinen, kisp. carab. 1921 Ernte 7760—8060, Sultaninen in Kisten 1921 Ernte 19 550 bis 20 150, Mandeln, bittere 12 040—12 540, Mandeln, süße 21 400 bis 22 500, Kaneel 19 100—20 500, Kümmel 9775—9975, Schwarzer Pfeffer 7490—7650, Weißer Pfeffer 16 925—17 800, Kaffee prime 22 000—22 400, Kaffee superior 21 500—21 800, Bohnen, weiße 2200—2500.

Zusatzspeisung für über 600 000 Kinder und Mütter.

Das hochherzige Werk der Quäkerspeisung wird seit Beginn dieses Jahres von dem Deutschen Ausschuß für Kinderspeisung mit amerikanischer Unterstützung fortgeführt. Diese Zusatzspeisungen haben, wie die zuständigen Referenten des Wohlfahrtsministeriums uns mitteilen, einen sehr großen Umfang angenommen. Im Februar d. J. wurden in Deutschland gespeist: 547 161 Schulkinder, 31 196 Kleinkinder, 12 939 Jugendliche und 16 644 hoffende und stillende Mütter. Das sind zusammen 607 940 Personen. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 11. März d. J. wurden in 1500 Gemeinden mit Unterstützung von 22 000 Helfern 22 Millionen Mahlzeiten ausgegeben. Der Wert der hierfür erforderlichen Nahrungsmittel betrug 89,2 Millionen Mark, wovon Amerika 58,2 und Deutschland 31 Millionen Mark aufbrachten. Die Einzelmahlzeit kostet 4,70 Mark.

Aus dem Neuköllner Arbeitsmarkt.

Die Vermittelungsergebnisse des Neuköllner Arbeitsnachweises können sowohl in der männlichen wie weiblichen Abteilung nach wie vor als günstig angesprochen werden. Bei der im Laufe der letzten Monate in beiden Abteilungen gleichmäßig stark verzeichneten Nachfrage nach ungelernten Kräften — deren ausschließliche Vermittelung dem Neuköllner Nachweis obliegt — bestand die Möglichkeit, den Bedarf von insgesamt 5271 Arbeitern und Arbeiterinnen für das letzte Vierteljahr bis auf 487 der gemeldeten Stellen zu decken. Von den besetzten Stellen lagen etwa 43 außerhalb des Bereichs des Bezirksamts. Die weitaus größte Nachfrage bestand wiederum bei der weiblichen Abteilung und zwar Insonderheit nach Dienstpersonal, Aufwartungen, Waschfrauen sowie Fabrikarbeiterinnen. Als erwerbslos eingetragen wurden 2082 männliche und 2673 weibliche Personen.

Maschinenstürmer. Zu den Vorstellungen im Großen Schauspielhaus am Sonntag, Montag, Dienstag und zu der letzten Vorstellung am Donnerstag, den 10. August, sind Karten in der Arbeiterbildungsschule, Breite Str. 8/9, zu haben. Auch sind Karten für die Vorstellungen Orpheus in der Unterwelt für Freitag, den 11. August und folgende Tage zu haben.

Ein Parteiveteran. Einer unserer alten Genossen August Sprotte, Neukölln, Prinz-Handjery-Str. 9, begeht am heutigen Tage seinen 75jährigen Geburtstag. Bei jeder Kleinarbeit war unser Alter auf dem Posten. 28 Jahre ehrenvoller Parteiarbeit hat er hinter sich, und wir wünschen, daß ihm noch viele Jahre in treuer Mitarbeit in unserem Kreise beschieden sein mögen. Die Genossen des Bezirks Neukölln.

Milchpreise. Von Montag, den 7. August d. J. ab beträgt der Preis für Kartenmilch 12,— M. je Liter, für freie Vollmilch 15,40 M. je Liter. Die Preise sind für Kleinhandelsgeschäfte und Abmelkwirtschaften (Molkereien) die gleichen. Die A I- und A II-Milchkarten werden wie bisher mit je ¾ Liter, die B I- und B II-Milchkarten sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) wie bisher mit je ½ Liter Frischmilch täglich beliefert.

Oeffentliches Gesangskonzert im Humboldthain. Der Arbeiter-Gesang-Verein „Berliner Schubert-Chor" gibt am kommenden Donnerstag, abends 7½ Uhr, ein öffentliches Gesangskonzert im Humboldthain.

Englisch und Französisch. In der nächsten Woche beginnen in der Sprachschule für Proletarier auf Wunsch nochmals Abendkurse in Englisch und Französisch für Anfänger. Anmeldungen: Sonntag, den 6. August, vormittags von 10—1 Uhr und Montag, den 7. August, abends von 5—8 Uhr, in der Gemeinde-Schule Gipsstraße 23 a (Zimmer 9), Nähe Rosenthaler Straße.

Erinnerungsfeier der ehemaligen Kriegsgefangenen. Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen, Ortsgruppe Charlottenburg, ladet sämtliche Kameraden und ehemalige Angehörige des Volksbundes zu einer Feier am Sonnabend, den 12. August 1922, 6½ Uhr, Spandauer Bock, rechte Seite, zur Erinnerung an die Leiden der Gefangenschaft und die Freude der Heimkehr ein. Musikalische Darbietungen werden die Vorträge des bekannten Volksrezitators Ernst Friedrich und des ihm nahestehenden freien Volksquartetts, sowie die Festrede des Gauvorsitzenden, Großmann, umrahmen. Fackelzug, Belustigungen und Tanz sollen die Feier beschließen: „Freiheit ist das höchste Gut der Menschheit". Diese Worte finden wir auf dem Programm, sie deuten klar auf Tendenz und Motiv dieser Veranstaltung hin. — Karten zum Preise von 10 M. inkl. Steuer an der Kasse im neu renovierten Lokal des Spandauer Bocks (rechte Seite) oder durch die Geschäftsstelle Wilmersdorfer Str. 66 erhältlich.

Die Berliner Papier-Messe (Herbst 1922) findet vom 19.—22. August 1922 in den Gesamträumen der Philharmonie zu Berlin, Bernburger Straße 22—23 a statt. Verbunden wird mit derselben die Sonder-Ausstellung „Das gute Buch". Diese hat den Zweck, allen einschlägigen Geschäften den Bezug guter und einwandfreier Lektüre zu empfehlen und auf diejenigen Erzeugnisse der Literatur hinzuweisen, die als besonders gute Lektüre bezeichnet werden können.

Bei der Verfolgung von Einbrechern erschossen wurde in der gestrigen Nacht der Kaufmann Konrad Friedrich aus der Schlüterstraße 20 in Charlottenburg. Mehrere Verbrecher waren in das Strumpfwarengeschäft Etam in der Pestalozzistraße 18 eingedrungen. Als sie dort von dem Wächter überrascht wurden, ergriffen sie die Flucht. Der Wächter verfolgte sie mit Friedrich. Plötzlich wandte sich einer um, schoß auf die Verfolger und traf Friedrich so schwer, daß er zusammenbrach. Leute, die hinzukamen, benachrichtigten das Ueberfallkommando. Unterdessen kam auch eine Polizeistreife in bürgerlicher Kleidung heran. Die Verbrecher waren in der Dunkelheit entkommen. Friedrich ist im Krankenhause verstorben. — Amtlich wird zu der Erschießung des Kaufmanns Friedrich mitgeteilt, daß die dienstliche Untersuchung einwandfrei ergeben hat, daß ein grobes Verschulden der Wachthabenden der „Mommsenwache" vorliegt, der entgegen seiner ausdrücklichen Instruktion auf das erste Hilfegesuch nicht sofort Beamte entsendet hat, obwohl genügend Personal der Wache zur Verfügung stand. Gegen den Diensthabenden ist ein Verfahren eingeleitet worden.

Gewerkschaftliches

Russische Gewerkschafter an die Internationale

(MB.) Eine Anzahl russischer Genossen, die seit Jahren der russischen Arbeiterbewegung angehören und eine hervorragende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung spielen, haben an den **Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam** und an das Sekretariat des Internationalen Buchdrucker-Verbandes ein Schreiben gerichtet, in dem sie die traurige Lage der russischen Gewerkschaftsbewegung schildern und an die öffentliche Meinung der gewerkschaftlichen Internationale appellieren. Es heißt in diesem Schreiben:

„Die Entwicklung des privaten Kapitals und der staatlichen Truste der Sowjetregierung, die die typischen Methoden der kapitalistischen Ausbeutung anwenden, stellt die russischen Arbeiter vor die Notwendigkeit, nach Schutzmaßnahmen Umschau zu halten, um ihre gewerkschaftlichen Interessen vor dem sich entfaltenden Kapital zu verteidigen. Indessen macht der Mangel freier unabhängiger Organisationen die wirkliche Verteidigung proletarischer Interessen vollkommen unmöglich.

Das Bündnis der bolschewistischen Gewerkschaften mit der regierenden Partei und ihre finanzielle Abhängigkeit von dem staatlichen Apparat, führt dahin, daß die erwähnten Gewerkschaften die **Grundsätze der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital** zu verwirklichen trachten. Zugleich führt das Bestreben, die Arbeiter im Sinne der Politik der herrschenden Partei zu beeinflussen, zu dem Ergebnis, daß die Gewerkschaften sich zu Vermittlern zwischen den Unternehmern und den Arbeitern degradieren. Unter diesen Umständen hat auch die offizielle Proklamierung einer neuen Gewerkschaftspolitik an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert.

Nach wie vor werden jene Verbände, die der kommunistischen Obrigkeit und der Gewerkschaftsbürokratie wegen ihres unabhängigen Charakters nicht genehm sind, aufgelöst, wie das beispielsweise kürzlich in Jekaterinoslaw mit dem Buchdrucker-Verband der Fall war. **Funktionäre der Gewerkschaften und der politischen Parteien werden verhaftet und in fernliegende Gouvernements verbannt.** Es wütet ein politischer Terror, der von den Kommunisten bei allen Wahlen angewendet wird, die übrigens durch öffentliche Stimmabgabe vorgenommen werden müssen. In den Gewerkschaften werden die Wahlen des Vorstandes nicht von der Mitgliedermasse selbst, auf dem Wege des Referendums oder auf Generalversammlungen vorgenommen, sondern in dem engen Kreise der Vertreter der einzelnen Betriebe. Die Angelegenheiten der Gewerkschaften werden ohne Befragung der Generalversammlung geregelt. Die Institution der Betriebsbevollmächtigten ist aufgehoben. Unter diesen Umständen stehen die Massen vollkommen gleichgültig der Tätigkeit der Gewerkschaften gegenüber, was zur Folge hat, daß sich in der Arbeiterschaft eine völlig unsoziale Atmosphäre ausbreitet. In dieser Beziehung haben die russischen Arbeiter ihre Passivität ausschließlich den Kommunisten zuzuschreiben, die bewußt die organisatorischen Erfahrungen vergeuden und vernichten, die eine dünne Schicht der Arbeiter in den wenigen Organisationen der Zarenzeit erworben hat.

Doch obwohl die russischen Arbeiter ihrer Klassenorganisation beraubt sind, sind sie dennoch genötigt, **einen Ausweg aus dem Elend zu suchen**, in dem sie sich gemeinsam mit dem russischen Volke befinden. Der russische Arbeiter, der in schlimmern Verhältnissen und mit größerer Anspannung arbeitet als vor dem Kriege, einen geringeren Lohn erhält und stumm seinen Verpflichtungen in der Produktion nachkommen muß, kann dennoch nicht den Fragen der Arbeitslosigkeit, der Wiederherstellung der Industrie, des Arbeiterschutzes usw. gleichgültig gegenüberstehen.

Doch jeder selbständige Schritt der Arbeiter auf diesem Gebiete zeigt grell die tragische Einsamkeit der Arbeiter bei der Verteidigung ihrer Interessen und wirft gleichzeitig helle Schlaglichter auf die wirkliche Natur der russischen Gewerkschaften, die ungeachtet der schönen äußern Fassade sich die Methoden der gelben Organisationen angeeignet haben."

„Wenn — so heißt es in dem Schreiben weiter — hinzugefügt wird, daß die Arbeiterklasse sich in völliger Rechtlosigkeit befindet, weder Pressefreiheit noch Versammlungsfreiheit und Unantastbarkeit der Person genießt, wenn ferner auf die Herrschaft der offiziellen Presse hingewiesen wird, die entweder die Aktionen der Arbeiter verschweigt oder sie mit Hohn und Verleumdungen überschüttet, wie man sie sonst nur in den gelben Organen der kapitalistischen Presse findet, so treffen die Ergebnisse der Herrschaft der Kommunisten in den Arbeiterorganisationen und der Mangel unabhängiger proletarischer Verbände mit aller Deutlichkeit hervor . . .

Indem wir uns an den Internationalen Gewerkschaftsbund und an das Sekretariat des Internationalen Buchdruckerverbandes wenden, ersuchen wir Endesunterzeichnete, die breiten Arbeitermassen über die Lage der russischen Arbeiter zu unterrichten, die in so ungünstigen Verhältnissen die Grundsätze der Klassenverteidigung der Arbeiterinteressen aufrechtzuerhalten suchen."

(Folgen 9 Unterschriften.)

PS. Bei der Veröffentlichung des vorstehenden Dokuments bitten wir, unsere Namen und unsere Aemter nicht zu nennen, da dies angesichts des in Rußland herrschenden Terrors ernste Folgen nach sich ziehen könnte.

Lohn- und Preiserhöhungen im Bergbau

Infolge der ungeheuren Verteuerung der Lebenshaltung fanden am 25. Juli in Berlin zentrale Verhandlungen in der Lohnfrage für den deutschen Kohlenbergbau statt. Da die Unternehmer auf die Forderungen der Arbeiter kein annehmbares Angebot machten, so mußte ein Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des preußischen Ministers des Innern, Severing, einen Schiedsspruch für das Ruhrrevier fällen. **Der Schiedsspruch sieht vom 1. August an eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 65 Mark vor.** Davon sollen 2 Mk. auf das Hausstands- und 1,50 Mk. auf das Kindergeld entfallen.

Für die übrigen Reviere kam es dann auf Grund des Schiedsspruchs zu einer freien Vereinbarung. Es erhalten am 1. August an Lohnerhöhung für die Schicht einschließlich des Soziallohnes: Kölner Braunkohle und Ibbenbüren 65 Mk.; Sachsen 61 Mk.; Oberschlesien und bayrische Pechkohlen 58,50 Mk.; Wurmrevier und Düren 56,55 Mk.; Mitteldeutsches Braunkohlen-Kernrevier 56 Mk.; Randreviere 50,80 Mk.; Niederschlesien 55,25 Mk.; Niedersachsen 61,75 Mk.; Bayrische Braunkohlenreviere 50,40 bis 53,20 Mk.; Bayrische Steinkohlenreviere 45,50 M.

Für den Mansfelder Kupferschieferbergbau wurde am 27. Juli in Halle verhandelt und für Juli für die Vollarbeiter eine Lohnzulage von 45 Mk. erzielt. Die Löhne der übrigen Arbeiter erfahren eine entsprechende Erhöhung. Der Gedingegrundgleich wird um 5 Mk., das Hausstandsgeld um 0,50 Mk und das Kindergeld um 1 Mk. erhöht. Für den Monat August sieht der Schiedsspruch eine Erhöhung um 47 Mk. vor. Das Hausstandsgeld wird um weitere 2 Mk., und das Kindergeld um 1,50 Mk. erhöht.

Der Reichskohlenrat erhöhte am 27. Juli die Verkaufspreise für Brennstoffe vom 1. August an unter Zugrundelegung der früheren Relation. Für das Ruhrrevier kommt für die Fettförderkohle eine Preiserhöhung von 205,40 Mk. ausschließlich Steuern in Frage. Mit der Steuer sind es 305 Mk. Im links-rheinischen Braunkohlenrevier erfährt der Preis für Braunkohle eine Steigerung von 28,60 Mk. und für Briketts von 112,50 Mk., die mitteldeutsche Rohbraunkohle um 59,50 Mk. und die Briketts um 178,50 Mk. Für Niedersachsen und Ibbenbüren kommt eine Preiserhöhung von 286 bis 360 M., für Niederschlesien von 309,94 Mk., für Sachsen 402,14 Mk., für das Wurmrevier von 299,61 bis 379,45 Mk. in Frage. Die bayerische Pechkohle wird um 353,92 und die Steinkohle um 315,31 Mk. erhöht. Die Preise verstehen sich für die Tonne ausschließlich Steuer und Handelsnutzen.

Aushungerung durch schwarze Listen

Zum Streik bei A. Wertheim.

Der Arbeitgeberverband im Einzelgroßhandel Groß-Berlin läßt durch seinen Syndikus, Dr. E. Hein, an die Presse eine Darstellung über die Entstehungsgeschichte des Streikes bei A. Wertheim gelangen. Einleitend wird behauptet, daß das gemaßregelte Betriebsratsmitglied, die Kassiererin Wille, höhere Beträge annahm als der Kunde zu zahlen hatte. Von der Kundschaft aufmerksam gemacht, hätte die Firma durch eine Detektivin eine Zahlung leisten lassen, bei welcher dieselbe Kassiererin sich eines gleichen Vergehens schuldig machte. Zum Schutze des Publikums und des Rufes ihrer Angestellten wäre die Firma genötigt gewesen, die betrügerische Angestellte fristlos zu entlassen.

In dem Schreiben wird dann weiter behauptet, daß der böse Zentralverband der Angestellten durch Verbreitung wissentlich falscher Nachrichten zum Streik getrieben hat. Man stehe hier vor einem Falle schlimmsten Terrors und gewissenlosesten Tarifbruches. Dann heißt es weiter:

„Die weitaus größte Mehrzahl des Personals hat diesem Aufruf der Gewerkschaften nicht Folge geleistet, so daß die Geschäftshäuser der Firma geöffnet sind. **Die Folgen für die streikenden Angestellten und Arbeiter sind unübersehbar, da sie auf eine Wiedereinstellung nicht hoffen können und bei anderen Betrieben in Berlin eine Einstellung nicht finden.**"

Neben der falschen Darstellung des Sachverhalts, stellen die Unternehmer eine gemeine Drohung. Am Donnerstag bekam der Zentralverband der Angestellten die Mitteilung, daß die Unternehmer bereit sind, über den Fall A. Wertheim in Verhandlungen zu treten. Es stellte sich am Freitag jedoch heraus, daß eine Verhandlungsbasis überhaupt nicht vorhanden ist. Die Unternehmer weigerten sich trotz wiederholter Aufforderung der Angestelltenvertreter beharrlich, das ihnen zur Verfügung stehende Beweismaterial über die angeblichen Betrügereien des Betriebsratsmitglieds, Fräulein Wille, vorzulegen. Die Verhandlungen kamen aus diesem Grunde nicht zustande. Die Androhung, daß die am Streik beteiligten Angestellten und Arbeiter weder auf Wiedereinstellung „hoffen" können, noch „bei anderen Betrieben in Berlin eine Einstellung finden", ist weiter nichts, als die Ankündigung der Absicht, die Streikenden durch schwarze Listen auszuhungern. Die Berliner Angestelltenschaft wird auf diese Scharfmacherei die richtige Antwort zu geben wissen.

Vor dem Berliner Kaufmannsgericht findet bei Drucklegung dieser Zeilen eine Verhandlung im Falle Wille statt. Vor dieser neutralen Stelle ist der Firma A. Wertheim Gelegenheit gegeben, entweder den Weg zur Verständigung zu betreten, oder den Beweis für ihre bisher nicht unter Beweis gestellten Behauptungen zu erbringen.

*

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, ist der Streik in sämtlichen Warenhäusern bei der Firma A. Wertheim durch Vergleich beigelegt. Die Arbeit wird heute Sonnabend im vollen Umfange wieder aufgenommen. Die im Ausstande befindlichen Arbeitnehmer versammeln sich heute morgen 7½ Uhr in den Kammersälen, Teltower Straße 1—4.

Lohnregelung im Holzgewerbe

Für das Groß-Berliner Holzgewerbe wurde das letzte Lohnabkommen bis zum 15. August abgeschlossen. Die katastrophale Geldentwertung brachte es jedoch mit sich, daß die festgesetzten Löhne den veränderten Verhältnissen gegenüber nicht mehr stand hielten. Infolge dieser eingetretenen Situation stellte der Deutsche Holzarbeiter-Verband an die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie für das laufende Lohnabkommen eine Ausgleichsforderung von 6 Mk. pro Stunde. Auf Grund dieser Forderungen fanden am 2. d. M. zwischen den beiderseitigen Verbänden Verhandlungen statt, bei welchen die Arbeitgeber letzten Endes nachfolgende Zulagen gewährten:

Mit Wirkung vom 5. August 1922 erhalten pro Stunde alle männlichen und weiblichen Arbeitnehmer

über 20 Jahre	eine Zulage	von	4,60	Mark,
von 18—20 Jahren	„	„	3,50	„
„ 16—18 „	„	„	2,50	„

Trotz des minimalen Zugeständnisses der Arbeitgeber und infolge des noch laufenden Lohnabkommens hat der Holzarbeiterverband diesem Angebot seine Zustimmung gegeben und gilt dasselbe bis zum 18. August d. J. Zwecks Regelung der Löhne nach dieser Periode treten die Parteien erneut zusammen.

Soweit die Lohnsätze für Durchschnittsarbeiter in Frage kommen, gelten für die Zeit vom 5. bis 18. August nachfolgende Tariflöhne, welche wir für die ersten Altersgrenzen angeben:

Für Facharbeiter	41,—	Mk.
„ Hilfsarbeiter	35,65	„
„ Facharbeiterinnen	28,65	„
„ Hilfsarbeiterinnen	24,45	„

Für Akkordarbeiter sind die Zuschläge prozentual umzurechnen.

Das neue Lohnabkommen, welches von den bevollmächtigten Vertretern beider Vertragsparteien unterzeichnet ist, wird in Druck hergestellt und ist im Verbandsbüro des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Rungestr. 30, zum Selbstkostenpreis erhältlich.

Soweit Unklarheiten für die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes bestehen, wird Auskunft im Verbandsbüro erteilt.

Die Ortsverwaltung.

Die Lohnbewegung der Straßenbahner

Wie wir aus dem Büro der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter erfahren, haben sich an der Urabstimmung über den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 25. Juli betreffs Straßenbahn 11 095 Beschäftigte beteiligt. Hiervon haben sich 734 für Annahme und 10 271 für Ablehnung ausgesprochen, 90 Stimmen waren ungültig.

Mit der Ablehnung des Schiedsspruches ist, wie wir bereits mitteilten, noch nicht der Streik beschlossen worden. Der Magistrat Berlin läßt seinerseits bekanntgeben, daß er beim Demobilmachungskommissar die Verbindlichkeit des Schiedsspruches beantragen wird. Wir sind der Meinung, daß der Magistrat Berlin in Anbetracht der Situation erneut mit den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen in Verhandlungen tritt, um zu einem für beide Teile annehmbaren Resultat zu kommen.

Kistenmacher!

Infolge der weiteren Preissteigerung ist der Deutsche Holzarbeiterverband erneut an die Vereinigung der Kistenfabrikanten herangetreten, um diesen veränderten Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen. Durch gegenseitige Vereinbarungen sind auch dementsprechend weitere Lohnzulagen für den Monat August gemacht worden, welche wir hiermit zur Kenntnis bringen:

Die Löhne erhöhen sich für Kreissägenschneider ab 6. August auf 45,00 M. und vom 16. August ab auf 48,00 M. Die Löhne der Kistenmacher betragen für diese Zeit 43,50 M. bzw. 46,50 Mark.

Als Akkordzuschläge werden gewährt ab 6. August 110 Prozent, ab 16. August 120 Prozent.

Wir wiederholen nochmals unseren Hinweis, daß Kistenmacher und Kreissägenschneider infolge des beigelegten Streiks nach anderen Berufen abgewandert sind, und daß solche noch in einer größeren Anzahl zu obigen Löhnen benötigt werden.

Kollegen, welche in diesem Fach firm sind, bitten wir, sich im Büro des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Rungestr. 30, zu melden, um die noch freistehenden Arbeitsplätze zu besetzen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

USPD. Gastwirtsgehilfen! Am 9. August, vormittags 10 Uhr, im Clubhaus, Ziegelstraße 2, wichtige Fraktionsversammlung und Zahlvormittag. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Vorgängen in der letzten Generalversammlung. In Anbetracht der ernsten Situation ist das Erscheinen sämtlicher Genossen unbedingt erforderlich.

Graphisches Gewerbe. „Die „Opposition" Nr. 8 ist erschienen und heute nachmittag von 4 Uhr ab abzuholen bei Baum, Stallschreiberstraße 47. — Graphischer Aktionsausschuß.

Parteiveranstaltungen

Sitzung der Geschäftsleitung des Bezirksverbandes am Montag, den 7. August, nachmittags 4 Uhr. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Mitteilungsblätter zum nächsten Zahlabend können sofort im Bureau Breite Straße 8/9 abgeholt werden. — Die Geschäftsleitung.

11. Distrikt. Die Abteilungs- und Bezirksführer laden am Montag zur Mitgliederversammlung am 9. ein. Die Versammlung findet um 7 Uhr in der Oberrealschule, Pasteurstraße 44/45, statt.

Sonnabend, den 5. August.

16. Distrikt u. Straßen. Die Plakate für das Sommerfest am 13. August sind sofort vom Gen. Dietrich abzuholen.

Sonntag, den 6. August.

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt (Westen). Den Eltern zur Kenntnis, daß laut Beschluß die Kinder noch eine Woche am Gorinsee verbleiben. Sonntag früh Treffpunkt 6¾ Uhr Hochbahnhof Bülowstraße. Abfahrt 7.40 Stettiner Vorortbahnhof bis Buch.

5. Verwaltungsbezirk. Gemütlicher Familienabend in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36 a. Konzert, Gesang, Rezitationen und Tanz, veranstaltet vom Männerchor U. S. P. Anfang 4 Uhr kein Eintrittspreis. Sämtliche Genossen sind hiermit eingeladen.

8. Distrikt. Das für Sonntag, den 6. August, angesetzte Waldfest fällt aus. Die Parteigenossen beteiligen sich an der Veranstaltung des 9. Distrikts.

15. Distrikt, 6. Abteilung. Rustling nach Erkner. Treffpunkt ½8 Uhr morgens, Andreasschlag.

Steglitz. Kindergruppe. Fahrt nach Tegel. Wanderung über Heiligensee nach Spandau. Treffpunkt 7 Uhr Rathaus Steglitz.

Montag, den 7. August.

14. Verwaltungsbezirk. (Neukölln, Britz.) Funktionärsitzung 7 Uhr Karlsgarten. Referat, vorher Geschäftsleitungssitzung 6 Uhr bei Stahmann, Münchener, Ecke Reuterstraße.

19. Verwaltungsbezirk (Abt. Pankow). Abends 7 Uhr findet bei Bieter, Mühlenstraße 12, eine Funktionärkonferenz statt.

6. Distrikt. Abends 7 Uhr Distriktskonferenz bei Krüger, Pankstr. 10.

8. Distrikt. 7 Uhr Distriktskonferenz, Physikzimmer, Schule, Tegeler Straße 18/20.

9. Distrikt. Distriktskonferenz abends 7 Uhr bei Klinge, Utrechter Straße 24.

12. Distrikt. Funktionärkonferenz abends 7 Uhr bei Hoffmann, Lychener Straße 8.

14. Distrikt. Funktionärkonferenz 7½ Uhr bei Büttner, Schwedter Straße 23.

15. Distrikt. Distriktskonferenz abends 7 Uhr bei Heinrich, Lange Str. 97.

Spandau. Abends 7½ Uhr bei Kohlschmidt wichtige Funktionärkonferenz. Erscheinen unbedingt nötig.

Vereinskalender

Sonnabend, den 5. August.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Vollversammlung aller in den Wagen- und Karosseriefabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nachmittags 2½ Uhr, in „Boekers Festsälen", Wiebestraße 17. Tagesordnung: Bericht über die Lohnbewegungen. Um pünktliches Erscheinen ersucht das Kartell der Arbeitnehmer-Organisationen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche Bau- und Arbeitskutscher. Vertrauensleute, Obleute und Betriebsräte abends 7½ Uhr im Lokal von Berl König, Lange Straße 53 Funktionärkonferenz.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelshilfsarbeiter aus allen Betrieben der Lederwirtschaft, der Schürzen-, Damenwäsche- und Tapisseriefabrikation abends 7½ Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Stellungnahme und Beschlußfassung zur Lohnbewegung.

Sonntag, den 6. August.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche Bau- und Arbeitskutscher. Vormittags 10 Uhr im Lokal Boeker, Wiebestraße 17, Branchenversammlung.

Montag, den 7. August.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Branche IX. Jugendliche, Lehrlinge und Pagen Branchenversammlung nachm. 5 Uhr im Klubhaus, Ziegelstraße 2. — Bezirk Wannsee Bezirksversammlung nachts 12 Uhr bei Schmidt, Königstr. 24.

Jugendbewegung

S. P. J., Gruppe Berlin-Mitte. Sonntag, den 6. August, Fahrt nach Strausberg—Lohtse. Treffpunkt pünktlich 6 Uhr Alexanderplatz, Bereitschaft.

Arbeitersport

Arbeiterwanderbund „Naturfreunde". Fahrplan 5. bis 6. August Scharmützelsee bis Springsee. Abfahrt Sonnabend nachmittag 6 Uhr Schlesischer Bahnhof. Sonntags-Rückfahrkarte lösen. Birkenwerder—Mühlbecker See. Abfahrt Sonnabend nachmittag 5 Uhr Bahnhof Weißensee. Lehmsdorf-Müncheberg. Sonnabend nachm. 5.10 Uhr Ringbahnhof Gesundbrunnen; Strausberg umsteigen, Wiesenthal—Brendner See. Sonnabend abend 5.45 Fernbahnhof Gesundbrunnen. Hangelsberg—Rauser. Sonnabend nachm. 5 Uhr Bellevue. Erkner—Müllensee. Sonntag vorm. 6 Uhr Schlesischer Bahnhof. Teupitzsee. Sonnabend abends 5.30 Uhr Bahnhof Neukölln. Groß-Besten—Päper Hinterseen. Abfahrt Sonnabend abends 4.46 Bahnhof Baumschulenweg. Königswusterhausen—Ulleisee. Abfahrt 7 Uhr Bahnhof Steglitz.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Oberspreewald-Fahrt am Sonntag, den 13. August, Lübbenau—Lehde (dem berühmten Spree-Venedig). Leipe—Forsthaus Eiche—Hanno-Mühle—Lübbenau. Reine Fußwanderungen. Bahn- und Bahnfahrt 115 M. Teilnehmerkarten im Vereinslokal Wollschläger, Adalbertstr. 21, Zigarrengeschäft Erich Koch, Reinickendorferstr. 92. Wanderung am Sonnabend, den 5. August, und Sonntag, den 6. August, Scharmützelsee—Glubigsee—Springsee. Abfahrt Sonnabend abend 7.37 Uhr. Sonntag 6.27 Uhr Görlitzer Bahnhof; Sonntagsrückfahrkarte 4. Klasse lösen bis Scharmützel-See (21 M.).

Freie Turnerschaft Neukölln-Britz. Sonnabend, den 5. August, abends 7 Uhr, Vereinsversammlung in der „Ideal-Klause", Karalestraße 13.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin. 6. August Liebenwalde 6 Uhr, Summt 1 Uhr.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Kreis 1, Bezirk II. Sämtliche Teilnehmer am Dauerschwimmen müssen pünktlich ½2 Uhr im Rummelsburger Seebad, Hauptstraße 6, sein. Späterkommende werden vom Start ausgeschlossen.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: i. V.: Gustav Ratusch, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gebrüder Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.